Bezugspreis vierteljährlich: in Münster zweimal täglich frei ins Haus gebracht 1 Mark 50 Pfg., — auswärts von der Post abgeholt 1 Mark 50 Pfg., durch den Briefträger gebracht überall, wo nur einmal im Tage Briefbestellung stattfindet, 1 Mk. 92 Pfg., in Orten mit zwei- und mehrmaliger Bestellung 2 Mk. 22 Pfg.

Drahtadresse: Volkszeitung Münsterwestf.
Fernspr.: Redaktion (Klosterstr. 31/32) Nr. 264 u. 23.
Fernspr.: Geschäftsstelle (Michaelisplatz 9) Nr. 78.

Zwei Ausgaben täglich.

Münsterischer Anzeiger
und Münsterische Volkszeitung.

34063 Abonnenten.

Anzeigen: Der Raum für die Anzeigenspalte, 39 mm breit, 2,4 mm hoch, 25 Pf.; bei Anzeigen aus dem R.-Bz. Münster 20 Pfg., aus der Stadt Münster 15 Pfg. (für Aktiengesellschaften rc., Vereine und Behörden 25 Pfg.). Reklamen: Der Raum für die Reklamenspalte, 87 mm breit, 2,4 mm hoch, 1 Mk. — Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr, sowie für Druckfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen vier Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt. — Gebühr für Beilagen nach Gewicht.

Erste Ausgabe. 1. Blatt. Freitag, 8. März 1912. 61. Jahrgang. Nr. 170.

Die Lohnbewegung der Bergarbeiter in England und Deutschland.

Von J. Giesberts, M. d. R.

III.

(Schluß.)

Die Organisationen der Bergarbeiter gehen bei der gegenwärtigen Bewegung nicht einheitlich zusammen. Nach der ersten gemeinsamen Konferenz am 5. Februar hat der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter sich zurückgezogen. Es sind dafür zwei Gründe anzugeben. Zuerst besteht seit altersher zwischen den beiden größten Verbänden: dem sozialdemokratischen Alten Verband und dem Gewerkverein christlicher Bergarbeiter ein heftiger Gegensatz, der sich zuletzt gründet in der verschiedenartigen grundsätzlichen Auffassung der Arbeiterfragen im allgemeinen. So wenig dieser prinzipielle Gegensatz in anderen Berufen, wie Bauarbeiter, Holzarbeiter, Maler usw. ein Hinderungsgrund ist zum gemeinsamen Vorgehen bei Lohnbewegungen, so wenig braucht er dies bei den Bergarbeitern zu sein. Der Streik von 1905 war ja auch eine vollständig geschlossene Bewegung; man überließ sogar dem christlichen Gewerkverein die Führung. Seitdem ist der Gegensatz zwischen den beiden großen Verbänden erneut ausgebrochen. Der christliche Gewerkverein hat das begründete Mißtrauen, daß im sozialdemokratischen Alten Verband sozialistisch-klassenkämpferische Einflüsse in so starkem Maße sich geltend machen, daß sie jede Bewegung radikalisieren und ihre eigentliche Zweckerstrebung von positiven Erfolgen für die Bergarbeiter erschweren. Nach dem Streik von 1905 erhob die „Leipziger Volkszeitung" heftige Vorwürfe gegen die Leitung des sozialdemokratischen Verbandes, weil sie nicht den Streik benutzt habe, um den Gewerkverein christlicher Bergarbeiter an die Wand zu drücken oder wie es geschmackvoll hieß, das „schmerzstillende Halsband umzulegen". Seitdem sind eine Reihe von Ereignissen lokaler Art dazugetreten, die diese Gegensätze verschärften, über die jedoch hier nicht weiter geredet werden soll. Der Hauptgrund jedoch, weshalb der Gewerkverein sich von der allgemeinen Bewegung zurückzog, lag wohl nicht in diesen Umständen. Die Gewerkvereinsleitung versprach sich von einer erneuten Lohneingabe keinen Erfolg, nachdem die Grubenbesitzer 1910 ablehnend geantwortet hatten und jetzt kurz vor dem Zusammentritt der gemeinsamen Konferenz der Zechenbesitzer eine Lohnerhöhung in der Presse ankündigen ließ. Tatsächlich ist ja auch, wie oben dargelegt, die Antwort des Zechenverbandes ablehnend ausgefallen. Weiter fürchtete die Gewerkvereinsleitung, daß eine ablehnende Antwort des Zechenverbandes als Konsequenz den Streik in greifbare Nähe rücken würde. Sie hielt die Situation für den allgemeinen Streik aus den verschiedensten Gründen für ungünstig: zu geringe Zahl der organisierten Arbeiter, nicht genügende Kassenverhältnisse, Mangel einer günstigen Stimmung in der öffentlichen Meinung. Ein mangelhaft durchgeführter Streik mit negativen Erfolgen würde die Gewerkschaftsorganisationen in ihrer Aktualität erheblich beschränken, die gelbe Gewerkschaftsbewegung fördern und Mißtrauen bei den Bergarbeitern gegen die Organisationen im allgemeinen erwecken. Ausschlaggebend mag ja auch folgendes Moment gewesen sein.

Ein Streik der Ruhrbergarbeiter bleibt in seinen Wirkungen heute weniger wie je auf die Bergleute selbst beschränkt. Er muß vielmehr bei längerer Dauer unheilvolle Wirkungen für die Gesamtindustrie, ganz besonders für die Schwesterindustrie des Bergbaues, das Großeisengewerbe haben. Es ist zweifellos, daß Hunderttausende von Industriearbeitern durch stillstehende Werke oder verminderte Betriebszeit geschädigt würden und dadurch ein Schaden für die Gesamtindustrie und für die beteiligte Arbeiterschaft entstehen würde, von dem die Gewerkvereinsleitung glaubt, die Verantwortung nicht tragen zu können. Dazu kommt noch, wie schon angedeutet, der Zweifel an einen günstigen Ausgang des Streiks für die Bergarbeiter selbst.

Man wird diese Gründe nicht ohne weiteres von der Hand weisen können. Jedenfalls würde sich ein Generalausstand der Bergarbeiter mitten in der guten Konjunktur der gesamten Industrie nur dann rechtfertigen lassen, wenn ganz schwerwiegende Gründe die Bergarbeiter zu einem solchen Schritte drängen würden. Die Gewerksvereinleitung ist der Ansicht, man solle erst abwarten, ob das Lohnversprechen des Zechenverbandes erfüllt würde. Man mag nicht viel Vertrauen in dieses Versprechen haben. Es muß jedoch betont werden, daß die Zechenverwaltungen eine ungeheure Verantwortung auf sich laden, wenn sie Lohnversprechen nicht halten würden und den berechtigten Wünschen der Bergarbeiter gegenüber einen egoistischen Standpunkt unter allen Umständen aufrecht erhalten würden. Auch die Spekulation auf die Uneinigkeit der Bergarbeiterverbände würde alsdann verfehlt sein.

Die Bewegung von 1905 hat hier gute Lehren gegeben. Die Not der Stunde einigt die interessierten Arbeiter. Trotzdem war damals die Bewegung noch ziemlich „wild", d. h. die Massen drängten die Führer. Inzwischen hat die gewerkschaftliche Disziplin und Erziehungsarbeit wesentliche Fortschritte gemacht. Würde die Stunde der Not die Führer der jetzt getrennt marschierenden Verbände einigen, so darf man auf eine geschlossene, zielbewußt durchgeführte Bewegung rechnen. Gewiß sind die Aussichten für einen Generalausstand nicht günstig. Von den 360 000 im rheinisch-westfälischen Industriegebiet beschäftigten Bergarbeitern sind nach verschiedenen Berechnungen 150- bis 160 000 organisiert. Man wird der Wahrheit nahekommen, wenn man annimmt, daß der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter im Ruhrgebiet 45 000, der sozialdemokratische Verband 75 000, der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein und der polnische Berufsverband 30 000 Mitglieder haben. Ob die Nichtorganisierten in so großem Umfange die Arbeit niederlegen werden, wie in früheren Zeiten, kann man wohl annehmen. Die Bewegung wird aber dadurch wesentlich erschwert, daß diese Elemente disziplinlos sind und der Unterstützungsfrage sich schwieriger gestaltet. Die vorhandenen Kassenbestände der Organisationen, die man auf rund fünf Millionen Mark annehmen kann, reichen für längere Zeit kaum aus. Immerhin würden erhebliche Unterstützungen von außen her kommen, falls dem Streik eine wichtige Ursache zugrunde liegt und dadurch die öffentliche Meinung auf die Seite der Streikenden tritt, wie es früher der Fall war. Ob Einzelstreiks sich schließlich wie in früheren Jahren zu einer größeren Bewegung auswachsen, muß abgewartet werden. Es gibt unter den Ruhrbergarbeitern, besonders den zugewanderten, radikale, anarcho-sozialistische Elemente, die von jeher die Taktik der Führer durch eine anonyme Hetze zu durchkreuzen versuchten. Der Einfluß derselben ist seitdem kaum gemindert. Die Haltung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter und die bei seinen Mitgliedern herrschende stramme Disziplin bildet hiergegen das einzige Gegengewicht.

Es wäre außerordentlich bedauerlich, wenn die Ruhrbergarbeiter durch die Kurzsichtigkeit und soziale Einsichtslosigkeit der Zechenbesitzer in einen Streik gedrängt würden, dessen faktischer Erfolg vielleicht fragwürdig sei, dessen volkswirtschaftliche Schädigung für das Gesamtinteresse darum aber nicht minder nachteilig ist. Man kann die Erfüllung des gegebenen Lohnversprechens umso eher erwarten, als die eventuellen Mehrkosten durch die jüngste Kohlenpreiserhöhung reichlich wett gemacht werden. Wie sich nun der weitere Verlauf der Bewegung gestalten wird, ist schwer vorauszusehen. Ob die drei verbündeten Organisationen zum Streik schreiten, falls die einzelnen Grubenverwaltungen ablehnen — was voraussichtlich der Fall sein wird — steht nicht fest. Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter scheint entschlossen zu sein, sich an diesen Einzelstreiks nicht zu beteiligen und in seinem Organ, dem „Bergknappen" erläßt er in Nr. 8 vom 24. Febr. folgenden Aufruf: „Kameraden des Ruhrgebiets! Laßt euch nicht zu Putschen verleiten! Bewahrt die Ruhe, vertraut den von euch gewählten Vertretern und folgt nur der von diesen ausgegebenen Parole! Glaubt nicht unverantwortlichen Hetzern und zu wilden Streiks aufhetzenden anonymen Flugblättern! Macht von allen besonderen Vorkommnissen der Gewerkvereinsleitung sofort Mitteilung! Dann werdet ihr an den Ergebnissen der guten Konjunktur teilnehmen!"

53. Westfälischer Provinzial-Landtag.

Münster, 7. März.

Sechste Vollsitzung.

Präsident Exzellenz Dr. Frhr. v. **Landsberg-Steinfurt** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der Beratung der

Haushaltungspläne.

Der Haushaltsplan der Straßenverwaltung wird bis zur Beratung des Antrages Frhr. von Fürstenberg und Genossen zurückgestellt.

Ohne Debatte werden angenommen die Etats:
der Provinzial-Heilanstalt zu Aplerbeck;
der gleichen Anstalt zu Warstein;
des allgemeinen Unterstützungs- und Wohltätigkeitsfonds für den Regierungsbezirk Arnsberg;
des Waisenhausfonds im Kreise Siegen;
der Taubstummenanstalten der Provinz Westfalen;
für den Fonds der Wilhelm-Augusta-Stiftung;
des Landarmen- und Krankenhauses zu Geseke;
der Provinzial-Augenheilanstalt zu Münster;
für die Unterstützung der Witwen und Waisen von Straßenaufsehern und -Wärtern;
für die Förderung des Baues von Kleinbahnen und ähnlicher Unternehmungen; dabei wurde noch auf kleinere Mißstände hingewiesen, die in der Kommission schon des näheren erörtert worden waren.

Bei der Beratung des Haushaltungsplans über die Kosten der Fürsorgeerziehung Minderjähriger weist Abg. Geh. Justizrat **Windthorst**-Hamm auf die Entwickelung der Fürsorgeerziehung hin. Der § 1666 des B. G. B. ermächtigt nämlich das Vormundschaftsgericht, für die Erziehung des Kindes zu sorgen, wenn der Vater seine väterlichen Rechte mißbraucht oder vernachlässigt und so das körperliche oder geistige Wohl des Kindes in Gefahr gebracht wird. Ein halbes Jahr nach Inkrafttreten des B. G. B., nämlich am 2. Juli 1900 ist das Fürsorgegesetz erlassen worden. Nach diesem Gesetze soll, wenn sich die Fürsorgeerziehung als notwendig ergibt und wenn sonst Fälle vorliegen, in denen mit Sicherheit anzunehmen ist, daß das Kind auf einer schon betretenen schlimmen Bahn weiter wandeln wird, die Fürsorge von der Provinz zu übernehmen. Die Kosten hierfür sind zu zwei Drittel vom Staate, zu einem Drittel von der Provinz aufzubringen, und seit Bestehen des Gesetzes sind bereits 71 Millionen Mark aufgebracht worden. Nun ergab sich aber eine Inkongruenz zwischen den beiden Gesetzen bezüglich der Aufbringung der Mittel, wenn es galt, Maßregeln in dem Falle zu treffen, wenn die Eltern oder das Kind ohne Vermögen sind. Nun hat Herr Abg. Schmedding im preußischen Landtage einen die Fürsorgeerziehung betreffenden Antrag eingebracht, durch den nicht allein Kinder, die schon verdorben sind, der Fürsorgeerziehung unterstellt werden, sondern auch noch nicht verdorbene Personen unter 18 Jahren, sofern deren sittlicher Halt gefährdet erscheint. Dieser Antrag hat also einen mehr prophylaktischen Charakter, er lenkt also die Maßregeln der Fürsorgeerziehung in ganz andere Bahnen. Der Herr Oberlandesgerichtspräsident in Hamm möchte nun auch für die vormundschaftliche Erziehung einen besonderen Fonds eingerichtet wissen, hat aber auf eine diesbezügliche Eingabe an die Provinz einen ablehnenden Bescheid bekommen. Ich möchte mir die Anfrage erlauben, weshalb dieser Weg als nicht gangbar angesehen worden ist.

Landeshauptmann Dr. **Hammerschmidt:** Der Herr Oberlandesgerichtspräsident in Hamm hat wiederholt an den Provinzialausschuß den Antrag gestellt, die Mittel für die Tätigkeit des Vormundschaftsrichters auf Grund des § 1666 des B. G. B. zur Verfügung zu stellen. Wir haben diese Angelegenheit eingehend im Provinzialausschusse geprüft, uns aber nicht entschließen können, diesen Anträgen zu entsprechen. Noch vor kurzem sind wir uns darüber schlüssig geworden, daß wir zunächst die Erfolge des Antrages Schmedding abwarten müssen, um zu sehen, was für Lücken noch übrig bleiben. Aus den Zeitungen haben wir gesehen, daß der Antrag Schmedding sich einer allgemeinen, beifälligen und so einheitlichen Aufnahme erfreuen konnte, wie man es selten findet, und er wäre zweifellos sofort angenommen worden, wenn nicht der Vertreter der Regierung aus einem mir nicht bekannten Grunde Einspruch dagegen erhoben hätte. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß eine Regelung des Fürsorgeerziehungsgesetzes so erfolgen wird, wie der Antrag Schmedding es vorsieht. Wenn somit in der künftigen Regelung dieser Frage der prophylaktische Charakter des Gesetzes betont wird, so wird das Gesetz nicht mehr als eine Maßregel aufgefaßt, daß von ihm nur solche Kinder betroffen werden, denen bereits irgendein Makel anhaftet. Wenn aber der Vormundschaftsrichter ermächtigt würde, Kinder aus dem Rahmen der Familie herauszunehmen, dann würde der Makel der Fürsorgeerziehung erheblich größer, und es würde alsdann mit Sicherheit damit gerechnet werden müssen, daß dann die Fürsorgeerziehung nicht mehr rechtzeitig, sondern zu spät eintritt. Die Folge davon wäre, daß dann diejenigen, die in die Fürsorgeerziehung kommen, mit Naturnotwendigkeit die Statistik in erheblich ungünstigem Maße beeinflussen werden. Und doch haben wir den größten Wert darauf zu legen, daß die Statistik ein immer besseres Gesicht bekommt und damit das Vorurteil des Publikums gegen die Fürsorgeerziehung immer mehr schwindet. Wir befürchteten aber auch weiter, daß, wenn man wirklich in umfangreichem Maße, Mittel zur Verfügung stellen wollte, um den Vormundschaftsrichter in den Stand zu setzen, Maßregeln außerhalb des § 1666 zu treffen, daß wir dann parallele Einrichtungen bekommen würden, und zwar eine außerhalb des Gesetzes, und die andere im Sinne des § 1666. Warum aber auf parallelem Wege zu demselben Ziele schreiten. Wir legen den allergrößten Wert darauf, daß das Fürsorgeerziehungsgesetz mehr und mehr anerkannt wird als eine prophylaktische Einrichtung und daß die Vormundschaftsrichter ihr Vorurteil aufgeben mögen gegen das Fürsorgeerziehungsgesetz, gestützt auf die guten Resultate, die es zeitigt. Wir hatten das Gesetz so aufgefaßt, daß die Provinz die Kosten allein tragen solle; aber ich höre aus dem Munde des Herrn Geheimrats, daß auch vom Staate beabsichtigt ist, Mittel für die Durchführung dieses Gesetzes zu bewilligen. Ich glaube, daß der Antrag des Herrn Geheimrats in diesem Sinne keinen Erfolg hat, und ich möchte nochmals die einmütig dargetane Stellung des Provinzialausschusses billigen.

Abg. Geheimrat **Windthorst:** Ich glaube, daß der Provinzialausschuß nicht das Recht hat, hier einen Unterschied zu treffen. Wir müssen doch unterscheiden zwischen Fürsorgezöglingen unter 18 Jahren und solchen, die darüber sind. Übrigens habe ich keinen Antrag gestellt.

Landeshauptmann Dr. **Hammerschmidt:** Wir wollen, daß die Fürsorgeerziehung da eintritt, wo sie nach der jeweiligen Lage der Dinge angezeigt erscheint, d. h., wenn zur Erziehung des betreffenden Kindes kein anderes Mittel gegeben ist, als das Erziehungsrecht der Eltern zu beschneiden und statt des Erziehungsrechtes der Erltern die Erziehungsrechte der Öffentlichkeit zu setzen. Wenn nun wirklich Erziehungsmaßregeln ergriffen werden müssen, dann sehe ich nicht ein, warum nicht auch gleich die Fürsorgeerziehung eintreten soll. Es ist ja nicht nötig, daß sie gerade bis zum 21. Jahre andauert, sie kann ja auch eher aufhören, wenn es angebracht ist. Jedenfalls möchte ich zu bedenken geben, daß wir so lange keine Veranlassung haben, zu dem Antrage Schmedding nicht so lange Stellung zu nehmen, bis über ihn entschieden ist.

Oberbürgermeister **Cuno**-Hagen: Die Inkongruenz ergibt sich auch aus der weniger großen Leistungsfähigkeit der einzelnen Gemeinden. Bisher war die Möglichkeit gegeben, daß man wegen einzelner Fälle noch weiter verhandelte. Das läßt sich aber nur durchführen in Städten, die in der Handhabung der Armenlasten nicht zu ängstlich sind. Ich habe mich auch davon überzeugt, daß wir nicht anders vorwärts kommen, als wenn wir dem Antrage Schmedding einen vollen Erfolg wünschen. Durch den Antrag Schmedding wird ja die Fürsorgeerziehung eine erhebliche Vermehrung erfahren: aber durch ihn werden die Meinungsverschiedenheiten zwischen Oberverwaltungsgericht und B. G. B. eine Lösung erfahren. Ich möchte glauben, es wird das beste sein: wir warten den Erfolg des Antrages Schmedding ab und überlassen es der Provinzialverwaltung, ihre Maßnahmen zu treffen.

Hierauf wird dieser Etat einstimmig angenommen.

Die Abgaben für die Benutzung der Provinzialstraßen durch Straßenbahnen usw.

Bei der Beratung der Petition des Kreisausschusses in Paderborn wegen Gewährung von Vergünstigungen bezüglich der Abgaben an die Provinz für die Benutzung der Provinzialstraße durch die dortigen Straßenbahnen hatte Abg. Graf von Merveldt in der Kommission beantragt, in Ergänzung des Provinziallandtagsbeschlusses vom 7. März 1901, den Provinzialausschuß zu ermächtigen, auch kommunalgemischten Kleinbahnunternehmungen, bei denen kommunale Verbände dauernd mit mehr als 50 Prozent beteiligt sind, bei der Festsetzung der für die Benutzung von Provinzialstraßen durch Kleinbahnen zu zahlende Entschädigung eine Vergünstigung zu gewähren. Die Kommission hatte beschlossen, diesen Antrag dem Landtage zur Annahme zu empfehlen.

Abg. Oberbürgermeister **Cuno**-Hagen: Der Landtag hatte seinerzeit nur den Grundsatz ausgesprochen, daß die Provinz eine Entschädigung erheben solle, ohne die näheren Bedingungen festzusetzen. Im Jahre 1901 wurden 50 Prozent für kommunalgemischte Verbände festgesetzt. Die kommunalen Verbände dagegen hatten nur ein Drittel aufzubringen. Die Haushaltskommission glaubte nun auf Grund eingehender Erwägungen, dem Hause empfehlen zu müssen, die Benutzungsgebühren von Provinzialstraßen für Kleinbahnen durch Verbände, an denen Gemeinden dauernd mit mehr als 50 Prozent beteiligt sind, festzusetzen. So würde der Petition des Kreisausschusses in gewissem Sinne Rechnung zu tragen sein.

Abg. Oberbürgermeister **Machens**-Gelsenkirchen tritt dafür ein, daß auch kommunalgemischten Verbänden mit weniger als 50 Prozent Beteiligung der Gemeinden die Vergünstigungen gewährt werden sollen. Er denke hier zunächst an Verbände die in der Bildung begriffen seien. Wenn die Vergünstigungen erst mit 50 Prozent Beteiligung gewährt würden, könne sehr leicht die Beteiligung des Privatkapitals verringert werden.

Abg. Graf **von Merveldt:** Ein Werk kann doch nur dann einen kommunalen Charakter haben, wenn mehr als 50 Prozent der Aktien in Händen der Gemeinden sind. Andernfalls überwiegt das private Element und von einem Einflusse der Kommunen kann nicht die Rede sein. Ich bitte den Antrag der Kommission anzunehmen.

Abg. Oberbürgermeister **Machens-Gelsenkirchen:** Zweifellos haben die Kommunen bei der Beteiligung mit mehr als 50 Prozent den größten Einfluß; aber diese Vergünstigungen müssen auch dann eintreten, wenn die Kommunen schon einen erheblichen Einfluß haben, und das ist bei weniger als 50 Prozent schon der Fall. Ich bin für Streichung der 50 Prozent.

Abg. Oberbürgermeister **Cuno-Hagen:** Wenn wir nicht die Grenze von 50 Prozent festsetzen, kann es dem Landeshauptmann überlassen bleiben, zu entscheiden, ob einem Werke der kommunale Charakter zuzubilligen ist oder nicht. Es ist doch auch möglich, daß durch die Zusammensetzung des Vorstandes der kommunale Einfluß gesichert ist. Ich bitte daher, dem Antrage Machens Folge zu leisten.

Landeshauptmann Dr. **Hammerschmidt** streift zunächst die finanzielle Seite des Antrages und erklärt dann: Ich begrüße den Antrag des Grafen Merveldt. Für die Finanzlage der Provinz ist es viel besser, wenn der Maßstab von 50 Prozent beibehalten wird, zumal wenn man bedenkt, welche außerordentlichen Nachteile gerade das Legen von Kabeln usw. in den Industriegegenden für die Straßen zur Folge hat. Derjenige, der weiß, was die vielen Änderungen in den Großstädten für eine Belästigung in dem Straßenbau bieten, wird zugeben müssen, daß es in der Tat sehr mißlich wäre, wenn man für alle Werke mit kommunalem Charakter die Sätze noch um ein Drittel ermäßigen würde. Ich möchte übrigens bei dieser Gelegenheit um die stillschweigende Genehmigung des Hohen Hauses bitten, daß der Provinzialausschuß in eine Prüfung der Frage eintreten darf, ob die bisherigen Sätze noch genügen.

Abg. Landrat Dr. **v. Savigny**-Büren: Die Erwägungen des Landeshauptmanns sind durchaus richtig. Ich glaube, daß beide Gesichtspunkte ihre Berechtigung haben, daß also sowohl der Provinzialausschuß eine sichere Grenze hat, als auch, daß er doch nicht in Zwangslage gebracht wird, sich nach einer haarscharfen Grenze richten zu müssen, indem er genau die 50 Prozent einhalten muß. Es ließe sich wohl ein guter Mittelweg dadurch schaffen, daß man sagte: „In der Regel 50 Prozent, der Kreisausschuß soll aber Ausnahmen machen dürfen, wenn er von den 50 Prozent abweichen will". In diesem Sinne stelle ich einen Antrag.

Abg. Landrat **Gerstein**-Bochum: Es kommt ganz darauf an, ob wir das Privileg, das den kommunalen Verbänden eingeräumt ist, auch nach einer anderen Seite hin erweitern wollen. Es kommt übrigens nicht so sehr auf die Beteiligung der Gemeinden nach Aktien an, sondern auf die Persönlichkeiten, die in dem Vorstand sitzen. Ich möchte bitten, daß der Provinzialverwaltung ganz bestimmte Vorschriften gegeben werden, wie sie sich zu verhalten hat.

Landeshauptmann Dr. **Hammerschmidt:** Ich bitte den Abg. von Savigny, von seinem Antrage Abstand zu nehmen und dem Provinzialausschuß eine bestimmte Weisung zu geben, in welchem Umfange die kommunale Beteiligung festgesetzt werden soll. Es soll keine Benachteiligung der privaten Industrie geschaffen, sondern nur eine zu weit gehende Bevorzugung der kommunalen Werke verhindert werden. Meine letzte Schlußbemerkung bezog sich auf Wasserleitungen sowie Stark- und **Schwach**stromleitungen, für die der Provinzialausschuß allein maßgebend ist, eine Erhöhung der Gebühren eintreten zu lassen.

Abg. **Dr. v. Savigny** zieht hierauf seinen Antrag zurück.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. **Machens,** der darauf hinweist, daß die gemischtkommunalen Werke mit 25 Prozent kommunaler Beteiligung sich in den letzten Jahren besonders gut bewährt haben, wird über den Antrag Machens abgestimmt.

Der Antrag Machens wird abgelehnt und der Kommissionsantrag angenommen.

Entwürfe von Gesetzen über den Verband zur Reinhaltung der Ruhr und über den Ruhrtalsperrenverein.

Seit Jahren ist in immer steigendem Maße die Ruhr infolge der Verunreinigung und Verschlammung durch Abwässer Gegenstand der Sorge von Behörden und Gemeinden und nicht zum wenigsten auch der Wasserwerke gewesen. Die auf Grund der bestehenden Gesetzgebung getroffenen Maßregeln erwiesen sich nicht als ausreichend, um in genügendem Umfange die Ursachen zu beheben und erträgliche Zustände zu schaffen. Eine ganze Anzahl von Plänen zur Beseitigung der Mißstände wurde erwogen, aber als undurchführbar oder zu unpraktisch oder zu kostspielig wieder aufgegeben. So kommen in Frage die unmittelbare Entnahme des Trinkwassers aus Talsperren, die Anlage von Sandfiltern bei den Wasserwerken, die Ableitung der Abwässer in einem besonderen neben der Ruhr herzuführenden Kanal zum Rhein und andere Vorschläge. Daß eine gründliche Abhilfe indes zur Wahrung der vitalen Interessen des volkreichen Gebietes ein unaufschiebbares Bedürfnis sei, wurde immer offensichtlicher. Infolgedessen hat im Juni vorigen Jahres eine Bereisung der Ruhr durch die beteiligten Behörden, an der auch Vertreter der zuständigen Ministerien teilnahmen, stattgefunden. Mit Zustimmung der beteiligten Minister schloß sich hieran im Oktober v. Js. eine Besprechung der an der Reinhaltung der Ruhr beteiligten Behörden, Verbände und Werke mit dem Ziel der Bildung eines Verbandes zur Reinhaltung der Ruhr an. In dieser Versammlung ist der Ruhrausschuß gewählt, welcher entsprechend dem ihm gewordenen Auftrage nunmehr den vorliegenden Gesetzentwurf über Bildung und Einrichtung dieses Verbandes vorlegt.

Mit diesem Entwurf steht ein zweiter Gesetzentwurf über den Ruhrtalsperrenverein im engsten Zusammenhange.

Der Gesetzentwurf über die Reinhaltung der Ruhr sieht nämlich vor, die Wasserwerke in ihrer Gesamtheit beitragspflichtig zu machen. Es ist deshalb praktisch, dem Ruhrtalsperrenverein die Vertretung der Wasserwerke im Verbande zu übertragen. Um dieses zu erreichen, ist erforderlich, ihm durch Gesetz eine festere Grundlage zu geben und ihm vor allem darin die Möglichkeit zu eröffnen, alle Wasserwerke mittleren und größeren Umfanges zum Beitritt zu zwingen.

Der Gesetzentwurf für den Ruhrtalsperrenverein ist indes in einer Fassung so aufgestellt, daß dieser Verband ins Leben treten kann auch ohne Rücksicht darauf, ob das Gesetz über den Ruhrtalsperrenverein in Kraft tritt. Für diesen Fall sollen vielmehr die Wasserwerke einzeln zu Beiträgen herangezogen werden. Die andere Fassung sieht dagegen den Fall vor, daß gleichzeitig mit dem Gesetz über die Reinhaltung der Ruhr auch der Ruhrtalsperrenverein auf die in dem Gesetzentwurf vorgesehene Grundlage gestellt wird.

Über die örtlichen Verhältnisse mag folgendes gesagt werden: Die Ruhr durchfließt in ihrem weitaus größeren Verlaufe den Regierungsbezirk Arnsberg, tritt unterhalb Hattingen in den Regierungsbezirk Düsseldorf und mündet dann bei Duisburg in den Rhein. Ihr Gebiet umfaßt 4500 qkm. mit 1 080 000 Einwohnern.

Die Ruhr hat eine doppelte Aufgabe. Sie dient einmal als Vorfluter für die Abwässer der zahlreichen Gemeinden, Zechen mnd Fabriken des Abflußgebietes, und zum andern auch zur Gewinnung von Trink- und Gebrauchwasser, das in der Regel aus dem Untergrundstrome und Brunnen in unmittelbarer Nachbarschaft der Ruhr entnommen wird. Zur Klärung der Abwässer ist bis jetzt nur wenig geschehen. Von den 1 080 000 Einwohnern sind lediglich rund 120 000 an Kläranlagen angeschlossen. Der weitaus überwiegende Teil der Zechen und Fabriken ist zwar mit Klärvorrichtungen versehen, es fehlt aber an zusammenfassenden Einrichtungen und auch an der Möglichkeit durchgreifender Kontrolle eines ordnungsmäßigen Betriebes der Klärvorrichtung.

Führt schon die starke Verunreinigung hygienische Mißstände mancherlei Art im Gefolge, so bedürfen diese Mißstände um so mehr gründlicher Beseitigung, als die Ruhr gleichzeitig auch die Wasserwerke speist. Die Wasserwerke entnehmen ihr Wasser aus dem Ruhrkies und benutzen dazu entweder Sickerleitungen oder Brunnen. Ihrer Bauart nach sind die Werke demnach Grundwasserwerke. Da im Ruhrtal jedoch nur wenig Grundwasser vorhanden ist, das bei starkem Pumpen schnell aufgebraucht wird, so dringt Flußwasser aus der Ruhr nach. Auf dieses nachdringende Ruhrwasser sind die Werke in ihrer Ergiebigkeit angewiesen, und die Beschaffenheit und die Menge des nachdringenden Wassers ist demgemäß auch von ausschlaggebender Bedeutung für die Güte und Menge des Wassers selbst. Die Entnahme des Wassers erfolgt durch 17 größere Werke mit einer jährlichen Förderung von 58.7 Millionen cbm. bis herunter zu einer Jahresförderung von 4,20 Millionen cbm. und durch 70 kleinere Werke.

Die Gesamtförderung betrug 1897 135 Millionen cbm., 1909 275 Millionen cbm., 1911 315 Millionen cbm. Die entnommene Wassermenge ist so groß, daß sie naturgemäß nicht ohne Einfluß bleiben kann auf den Wasserstand. Dies ist wieder von Einfluß sowohl auf die Güte des Wassers, als auch auf die benötigte Menge. Um der Ruhr in größerem Umfange namentlich in den wasserarmen Monaten Wasser wieder zuzuführen, hat sich im Jahre 1899 der Ruhrtalsperrenverein gebildet, der den Zweck hat, den Bau von Talsperren im Ruhrgebiet geldlich zu unterstützen und nach Bedarf auch selbst Talsperren zu bauen und zu betreiben. Schon heute sind im Ruhrgebiet 9 Talsperren mit 32,4 Millionen cbm. Stauinhalt im Betriebe. Die größten davon sind die Hennesperre bei Meschede mit 11 Millionen und die Ennepe-Sperre bei Schwelm mit 10,3 Millionen cbm. Stauinhalt. Diese Talsperren sind imstande, das Niederwasser der Ruhr während der ganzen Dauer einer regenarmen Zeit um 3,4 cbm/Std. zu vermehren. Das Verhältnis wird weit günstiger werden, wenn die Möhnetalsperre mit 130 und die Listertalsperre mit 22 Millionen cbm. Stauraum in Betrieb kommen. Der Ruhrtalsperrenverein rechnet mit einem Zuschuß von 10 cbm. bei der Möhne und 2,5 cbm. bei der Lister. Es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, daß bei weiterer Entwickelung des Gebietes auch dieser Stauraum nicht ausreicht und daß die Anlage weiterer Talsperren erforderlich wird. Die Förderung dieser Aufgabe wird auch in Zukunft Sache des Ruhrtalsperrenvereins bleiben.

Die bloße Vermehrung der Wasserzuführung der Ruhr ist indes keineswegs allein ausreichend, um dem volkreichen Bezirke hygienisch einwandfreies Wasser zu liefern. Es liegt vielmehr im Interesse der Wasserwerke selbst, daß das Ruhrwasser möglichst frei gehalten wird von Schlammzuführung. In dem Gutachten des Vorstehers der Abwässerabteilung der Emschergenossenschaft, Dr. Imhoff, ist ausgeführt, daß die Ruhrwasserwerke schon lange nicht mehr betriebsfähig wären, wenn nicht ein- bis zweimal im Jahre starkes Hochwasser den Schlamm wieder ausspüle.

Die Lage der Wasserwerke wird aber in jedem Jahre gefährlicher, weil der Bedarf zunimmt, weil nicht mehr allzuviel Brunnengelände an der Ruhr zur Verlängerung der Fassungslinie zu haben ist, und weil der Schlammgehalt des Ruhrwassers ohne einschneidende Maßregeln immer mehr wachsen wird. Ist sonach die Reinhaltung der Ruhr auch für die Wasserwerke eine Lebensfrage, so ist nicht minder erforderlich, daß aus allgemeinen hygienischen Gründen die Klärung der Abwässer, die zur Ruhr gehen, in genügender und planmäßiger Weise erfolgt.

Um für diese Aufgabe alle Kräfte auf genossenschaftlicher Grundlage zusammen zu schließen, ist der zweite Gesetzentwurf aufgestellt. Er ermöglicht die Heranziehung aller Interessenten, der Verschmutzer sowohl, wie der Wasserwerke, er wird die Belastung für den einzelnen weniger fühlbar machen, er erleichtert den Behörden den großen Umfang der ihnen zufallenden Aufgaben und bietet die gesetzliche Möglichkeit dafür, daß an Stelle der jetzigen planlosen, mangelhaften, zum Teile schlechten Betriebseinrichtungen gut eingerichtete, gut beaufsichtigte und gut betriebene Anlagen ins Leben gerufen werden. Während die Grundlagen des Gesetzentwurfes über den Ruhrtalsperrenverein im wesentlichen an die jetzt schon bestehende freiwillige Organisation anknüpfen, hat sich der Gesetzentwurf über den Verband zur Reinhaltung der Ruhr die Einrichtungen zum Muster genommen, die das Gesetz, betreffend die Bildung einer Genossenschaft zur Regelung der Vorflut und zur Abwässerreinigung im Emschergebiet vom 19. 7 1904 ins Leben gerufen hat. Dabei ist nicht übersehen worden, daß bei der Emscher die Verhältnisse zum Teil erheblich anders liegen, als bei der Ruhr. Dort war weniger die Reinhaltung des Wasserlaufs, als vielmehr die Schaffung geregelter Abflußverhältnisse die Hauptsache. Auch hatte die Wasserversorgung des Gebietes kein Interesse an den durch das Emschergesetz ermöglichten Aufgaben.

Was die Kosten betrifft, so sind die Angaben, die hierüber in dem Imhoff'schen Gutachten gemacht sind, nur überschläglich und unverbindlich. Bei der Leistungsfähigkeit des Bezirks und bei der Verteilung der Lasten auf alle Beteiligten kann jedoch erwartet werden, daß sich die Absichten des Gesetzes über die Reinhaltung der Ruhr verwirklichen lassen, ohne daß die Kosten allzu drückend auf den beitragspflichtigen Gemeinden und sonstigen Leistungspflichtigen lasten. Einmütig haben sich auch die Interessenten bereit erklärt, die Last auf sich zu nehmen, weil ohne sie einwandfreie hygienische Verhältnisse nicht herbeigeführt werden könnten.

Der Gesetzentwurf über den Verband zur Reinhaltung der Ruhr hat im kurzen den folgenden Inhalt:

Als Aufgabe des durch das Gesetz ins Leben zu rufenden Verbandes ist im § 1 bezeichnet: „Die Reinhaltung der Ruhr und ihrer Nebenläufe im Maße des Gemeinüblichen." Dieser Begriff ist in der Rechtsprechung anerkannt. Er bezeichnet das Maß der Reinhaltung, zu der jeder, der Wasser einleitet, verpflichtet ist. Nach Ansicht der Sachverständigen genügt das für die Herstellung des erstrebten Zustandes, auf der andern Seite verhindert diese Einschränkung das Anwachsen der Kosten über das erträgliche Maß hinaus. Weitergehende Anlagen können indes gleichfalls ausgeführt werden, da der Verband nach § 4 das Recht hat, Aufträge zu übernehmen, die mit seiner Aufgabe zusammenhängen. Die Kosten dieser Verbandsanlagen sind dem Verbande von den Auftraggebern zu erstatten. So kann z. B. im Auftrage von Wasserwerken der Bau von Kläranlagen in Frage kommen, durch die eine Reinhaltung über das gemeinübliche Maß hinaus erreicht wird.

Mitglieder des Verbandes sind die Städte und Landkreise, die ganz oder teilweise im Ruhrgebiet liegen. Die entstehenden Kosten haben die Beteiligten aufzubringen (§ 5). Diese

sind einerseits die Verschmutzer des Wassers, namentlich die Gemeinden, gewerbliche Unternehmungen und sonstige Anlagen, andererseits die Benutzer des Wassers, nämlich die Wasserwerke und andere, z. B. Triebwerke usw.

Für die Wasserwerke soll nun der Ruhrtalsperrenverein in seiner Gesamtheit eintreten, wenn der zweite Gesetzentwurf Gesetzeskraft erlangt. In diesem Falle würde der Ruhrtalsperrenverein als solcher neben den Kreisen Mitglied des Verbandes sein. Dieses wird in erster Linie von allen Beteiligten als erstrebenswert hingestellt. Dieser Auffassung schließt sich der Provinzialausschuß an. Die erstrebte gesetzliche Regelung für diesen Fall ist in der 2. Fassung des Gesetzentwurfes vorgesehen. Sollte jedoch das Gesetz über den Ruhrtalsperrenverein nicht gleichzeitig erlassen werden, so wäre für das Ruhrreinhaltungsgesetz die 1. Fassung zu wählen.

Wegen der Verteilung der Kosten sieht der Gesetzentwurf vor, daß die Wasserwerke ein Drittel der Gesamtkosten beizutragen haben. Über diesen Beteiligungsmaßstab ist ein Einverständnis der Beteiligten erzielt. Für die Veranlagung der Verschmutzer des Wassers sieht der § 16 nach dem Vorbilde des Emschergesetzes einen ganz allgemeinen Maßstab vor, nämlich die Menge und die Beschaffenheit des Abwassers. Gegen die Veranlagung zu den Kosten ist Berufung zulässig. Die bezüglichen Vorschriften sind dem Vorbilde des Emschergesetzes entnommen, da sie sich dort im ganzen gut bewährt haben. Hinsichtlich der sonstigen Vorschriften wird auf den Entwurf und dessen Begründung Bezug genommen.

Der Hauptzweck des Gesetzes über den Ruhrtalsperrenverein besteht darin, den schon bestehenden Ruhrtalsperrenverein auf eine gesetzliche Grundlage zu bringen und die Wasserwerke von einer bestimmten Größe zu einem Zwangsverbande zusammenzuschließen. Der auf gesetzliche Grundlage gestellte Verein behält seinen bisherigen Zweck bei, das der Ruhr schädlich entzogene Wasser durch Förderung von Talsperren im Niederschlagsgebiete der Ruhr zu ersetzen. Über diesen Zweck hinaus kann der Verein auch weitere Anlagen zur Verbesserung der Menge und Beschaffenheit des Ruhrwassers herstellen oder sich an solchen beteiligen. Er ist kraft gesetzlicher Bestimmung Mitglied des durch den Gesetzentwurf zu 1 ins Leben zu rufenden Verbandes zur Reinhaltung der Ruhr. Die an diesen Verband zu leistenden Abgaben werden vom Verein besonders unterverteilt (§ 2).

Auf den Verein gehen die Rechte und Pflichten der in Essen unter dem Namen „Ruhrtalsperrenverein" bestehenden juristischen Person über. Insoweit die Vereinslasten nicht durch andere Einnahmen gedeckt werden, sind sie durch Beiträge der Mitglieder aufzubringen (§ 8). Wie die Beiträge verteilt werden sollen, sehen die §§ 10 ff. vor. Für die Wasserentnehmer und Wasserverbraucher sind naturgemäß verschiedene Maßstäbe vorgesehen; auch ist zur Entlastung der Wasserverbraucher bis zum 1. Januar 1920 ein fest fixierter Jahresbeitrag in das Gesetz aufgenommen. Die Organisation des Vereins bleibt im ganzen die bisherige.

Von diesen beiden Gesetzen stand heute nur die Beratung des Gesetzes über den Ruhrtalsperrenverein auf der Tagesordnung.

Der Ruhrtalsperrenverein hat dem Provinziallandtag folgende Begründung vorgelegt:

Die zunehmende Bedeutung der Ruhr als Spenderin des Trink- und Gebrauchwassers für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk hat auch ein beständiges Wachsen der Bedeutung des Ruhrtalsperrenvereins zur Folge gehabt, der sich die Aufgabe stellt, das Niedrigwasser der Ruhr durch Förderung oder eigene Erbauung von Talsperren im Flußgebiet zu verbessern. Ursprünglich begnügte sich der Verein mit der Unterstützung verhältnismäßig kleiner genossenschaftlicher Talsperren, ging aber dann, genötigt durch die rasche Zunahme der Förderung aus der Ruhr, zur Erbauung einer eigenen gewaltigen Talsperre von 130 Millionen Kubikmetern Stauinhalt im Möhnetal über. Es ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß auch in Zukunft noch große Talsperren im Ruhrgebiet errichtet und so die jetzt schon erheblichen Aufwendungen des Ruhrtalsperrenvereins weiter wachsen werden. Nach Fertigstellung der Möhne- und Listertalsperre, die noch in diesem Jahre zu erwarten ist, werden die jetzt 370 000 Mark betragenden Jahresausgaben des Vereins auf 1 500 000 Mark steigen. Die durch Anleihen zu deckenden Ausgaben für die Errichtung der Möhnetalsperre betragen 21 Mill. Mark. Die Förderung aus der Ruhr ist von 135 Mill. Kubikmetern im Jahre 1897 auf 315 Millionen Kubikmeter im Jahre 1911 gestiegen. Der zum Ausgleich dienende Stauraum wuchs von 1,1 Mill. Kubikmeter im Jahre 1897 auf 32,4 Mill. Kubikmeter im Jahre 1907 und wird nach Fertigstellung der im Bau begriffenen Anlagen nicht weniger als 186,7 Millionen Kubikmeter betragen.

Der Ruhrtalsperrenverein ist im Jahre 1899 als freiwillige Vereinigung der Ruhrwasserwerke und der unterhalb der Lennemündung liegenden Triebwerke gegründet worden. Er ist ein privatrechtlicher Verein mit juristischer Persönlichkeit. Zur Durchführung des Planes auf Errichtung der Möhnetalsperre ist ihm das Enteignungsrecht durch Königl. Kabinettsorder vom 15. September 1906 verliehen worden. Auch in anderer Beziehung hat sich der Verein des Schutzes der Behörden zu erfreuen gehabt. So wird bei Konzessionen zu Pump- und Triebwerken an der Ruhr von den Herren Regierungspräsidenten zu Düsseldorf und Arnsberg den Gesuchstellern der Beitritt zum Ruhrtalsperrenverein zur Bedingung, ferner beim Verkauf oder sonstigen Veräußerungen die Erlaubnis zur Wasserentnahme für den neuen Erwerber von dessen Beitritt zum Ruhrtalsperrenverein abhängig gemacht.

Trotzdem hat sich während des Bestehens des Vereins in manchen Fällen gezeigt, daß seine jetzige Organisation ihm doch noch nicht eine seiner Bedeutung entsprechende Rechtstellung gibt. So ist es dem Verein bei einer Anzahl von Wasserwerken nicht gelungen, den Beitritt zu erreichen, obwohl diese in gleicher Weise wie die dem Verein freiwillig beigetretenen Werke entweder die Vorteile der Talsperren genießen oder durch ihre schädliche Wasserentnahme die Notwendigkeit zu deren Anlage mit geschaffen haben. Dem Verein ist auch sein Gesuch um Erklärung der Mündelsicherheit einer für die Möhnetalsperre aufzunehmenden Anleihe von den Herren Ministern abschlägig beschieden worden, und zwar hauptsächlich deshalb, weil das dauernde Vorhandensein einer ausreichenden Mitgliederzahl nicht genügend gewährleistet sei. In dem Ministerialerlaß vom 6. August 1910 heißt es ausdrücklich, daß die oben erwähnten Bedingungen bei der Erteilung von Konzessionen zu Pump- und Triebwerken und ebenso die Bestimmung, wonach der Austritt aus dem Verein den Verlust der Erlaubnis zur Wasserentnahme aus der Ruhr zur Folge haben soll, rechtlich anfechtbar sein könnte und hierdurch der Bestand des Ruhrtalsperrenvereins möglicherweise gefährdet werde.

Aus diesen Erwägungen muß der Verein sich auf eine gesicherte rechtliche Grundlage zu stellen suchen. Den Anlaß, hierfür den jetzigen Zeitpunkt zu wählen, gaben die Bestrebungen, einen Verband zur Reinhaltung der Ruhr auf gesetzlicher Grundlage zu errichten. Der Kreis der nach jenem, jetzt vorliegenden Gesetzentwurf zu den Kosten der Reinhaltung beitragspflichtig werdenden Wasserwerke deckt sich mit den Wasserentnehmern aus dem Ruhrgebiet, die beim Ruhrtalsperrenverein schon jetzt beitragspflichtig sind oder es doch sein sollten. Es lag daher nahe, dem Ruhrtalsperrenverein die Vertretung der Wasserentnehmer in jenem Verband zu übertragen. Hierfür bedarf es aber des Erlasses eines Gesetzes für den Ruhrtalsperrenverein, durch das die sämtlichen in Betracht kommenden Wasserwerke zum Beitritt in den Verein gezwungen werden können.

Mit der gesicherten Rechtslage ist dem Verein zugleich die Möglichkeit gegeben, seine Ziele scharf zu umgrenzen und seine Rechte und Pflichten genau festzulegen.

Berichterstatter Oberbürgermeister Dr. **Eichhoff**-Dortmund begründet das Gesetz im einzelnen, verbreitet sich über dessen Zweck und Bedeutung und erläutert in längeren Ausführungen die von der Kommission zu dem Gesetze gemachten Abänderungsvorschläge.

Abg. Oberbürgermeister **Cuno-Hagen**. Zur Geschäftsordnung: Ich möchte bitten, eine zweite Lesung des Gesetzes vornehmen zu lassen. Im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes ist es von außerordentlich großer Bedeutung, daß der westfälische Provinziallandtag sowohl wie auch der rheinische, der sich auch in diesen Tagen mit demselben Gesetze beschäftigt, zu denselben Beschlüssen kommen. Um uns über die Stellungnahme des rheinischen Provinziallandtages zu unterrichten, halte ich eine zweite Lesung für angebracht. Vor allem sollte überall bedacht werden, daß alle Sonderinteressen zurücktreten mögen, gegen das allgemeine Interesse.

Abg. Landrat **Gerstein**-Bochum erläutert zunächst den inneren Zusammenhang der drei Gesetzentwürfe, die dem Landtage aus Essen zugegangen sind, also des Ruhrtalsperrenvereins, des Gesetzes über den Verband zur Reinhaltung der Ruhr und über den Seseverband und bittet, dafür einzutreten, daß hier einmal eine gründliche gesetzliche Regelung erfolgt. Ich denke mir, so fährt Redner fort, die Zukunft des von diesen Gesetzen berührten Gebietes so, daß diese großen Unternehmungen, welche teils geschaffen sind, teils mit Ihrer Hülfe geschaffen werden sollen, sich friedlich zusammenfinden werden in einem großen kommunalen Verbande, der die Aufgabe hat, in einwandfreier Weise für die Versorgung mit Trinkwasser und Gebrauchswasser zu sorgen und die Abwässer in ebenso einwandfreier Weise abzuführen, so daß Bodensenkungen vermieden werden. Ich hoffe auch, daß der Verein zur Bekämpfung der Volkskrankheiten diesem Verbande auf die Dauer angeschlossen wird. Sollten wir einen Zusammenschluß aller hier in Frage kommenden Vereine und Verbände erreichen, so würden wir nicht nur die Verwaltung einfacher, die Durchführung der Zwecke und Ziele konsequenter, sondern auch die ganze Verwaltung außerordentlich billiger gestalten. Ich möchte auch der Hoffnung Ausdruck geben, daß es diesem späteren großen Verbande gelingen möge, die großen und kleinen Wasserwerke im Industriegebiete zu einem einzigen großen Wasserversorgungswerke zusammen zu schließen. Dadurch würden an der jetzigen Verwaltung so viel Kosten erspart werden, daß die Kosten für die Abführung der Abwässer mit ihnen gedeckt werden können. So haben wir die Kosten für diese großen sozialen Werke auf ein Minimum herabgedrückt, und sind in der Lage, die Arbeitskraft der Bevölkerung besser auszunutzen. Ich möchte Sie daher bitten, durch Zustimmung zu diesen drei Gesetzen dieses große soziale Werk zustande zu bringen. (Lebhaftes Bravo!)

Oberpräsident Durchlaucht **Prinz zu Ratibor und Corvey**: Bei der großen Bedeutung, welche der Ruhrtalsperrenverein für den ganzen Ruhrbezirk hat, habe ich es von vornherein lebhaft begrüßt, daß die Vorlage eingebracht ist und daß somit der Verein auf eine gesetzliche Grundlage gestellt wird. Nachdem sich die Kommission, abgesehen von einigen Änderungen des Gesetzes, für die Annahme der drei Gesetzentwürfe erklärt hat, nehme ich keinen Anstand, zu erklären, daß, wenn der Gesetzentwurf auch in diesem hohen Hause zustande kommen wird, ich dem Herrn Minister dieses Gesetz gern empfehlen werde. (Bravo!) Ich will dieses um so mehr tun, als bei Ablehnung des Gesetzes eine Anzahl aus der Rheinprovinz beabsichtigt, aus dem Vereine auszuscheiden, so daß die Beiträge der Rheinprovinz verringert werden. Das würde aber zur Folge haben, daß die Beiträge der Provinz Westfalen vermehrt werden müßten. Ich werde daher bei Annahme des Gesetzes den Herrn Minister bitten, den Gesetzentwurf dem Landtage der Monarchie recht bald zur Annahme vorzulegen. (Lebhaftes, allseitiges Bravo.)

Der Gesetzentwurf wird darauf in erster Lesung mit den Abänderungen der Kommission angenommen.

Das Haus beschließt eine zweite Lesung eintreten zu lassen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. Tagesordnung u. a.: Zweite Lesung des Ruhrtalsperrengesetzes.

Schluß 2 Uhr.

*

Berichtigung.

Der Antrag Klein-Wiedenbrück auf Erhöhung der Unterstützung für die ländlichen Wanderhaushaltungsschulen auf 6000 Mark ist in der Sitzung am Dienstag abgelehnt worden. Es bleibt also bei der Zuwendung von 3500 Mark.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 7. März. (Drahtb.)

Am Bundesratstische Statssekretär Dr. Delbrück.

Fortsetzung der 2. Beratung des

Etats des Innern.

Hierzu liegen 75 Resolutionen vor.

Abg. **Pens** (Soz.): Die Herren von der Rechten sollten endlich mit ihrer reaktionären Mittelstandspolitik brechen. Die Bekämpfung der Konsumvereine mit einer Sondersteuer hat sich als völlig erfolglos gezeigt. Eine bessere Mittelstandspolitik war sicherlich der Vorschlag des Abg. v. Kerschensteiner, wenngleich er sich nicht von den realen Verhältnissen leiten ließ. Wir legen auf die persönliche Ausbildung des Individuums das größte Gewicht und verlangen, daß das Einjährig-Freiwilligen Examen beseitigt werde. Durch das Ersitzen des Zeugnisses wird in den Schülern die Neigung zum Handwerk ertötet. Die christlichen Gewerkschaften haben keine Existenzberechtigung, sonst müßte es auch konfessionelle Arbeiterorganisationen geben. So soll der christliche Einfluß dem Unternehmertum zugute kommen. Um die Verhältnisse der Landarbeiter zu bessern, fordern wir die reichsgesetzliche Regelung der Gesindeordnung und die Ausdehnung des Koalitionsrechts auf die Landarbeiter. Eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart ist die Förderung des Wohnungswesens von Reichswegen. Erfreulich ist, daß der Alkoholismus unter den Arbeitern erheblich zurückgeht. Die Kinderarbeit muß beseitigt werden. Die Schulverhältnisse leiden darunter außerordentlich. Es muß damit gerechnet werden, daß in den Arbeitern aus dem Osten das Klassenbewußtsein erwacht, sonst kann es unter Umständen zu Konflikten kommen. „Vor dem Sklaven, der die Kette bricht: vor dem freien Arbeiter zittere nicht." (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. Dr. **Pfeiffer** (Ztr.): Der Staatssekretär hat uns eine Denkschrift über die vom Reiche unterstützten wissenschaftlichen und künstlerischen Unternehmungen vorgelegt. Es ist uns darin mitgeteilt, daß die privaten Beihilfen für das germanische Museum in Nürnberg sehr spärlich zu fließen beginnen. Das ist ein Schaden, denn hier sind große Kunstschätze zu hüten, und ein Neubau für die Gemäldegalerie ist dringend nötig. Erfreulicher lauten die Nachrichten über das deutsche Museum in München. Auch die Arbeiten der Monumenta Germaniae historica nehmen guten Fortgang. Die Ausgestaltung des internationalen Instituts für Sozialpolitik hat sich gedeihlich weiter entwickelt, desgleichen die Monumenta Pädagogica. Die Zentrumsfraktion hat unter den folgenden Resolutionen auch ein Theatergesetz verlangt. Auch die Fortschrittliche Volkspartei und die Sozialdemokraten haben gleiche Anregungen gegeben. Um so sonderbarer sind die Angriffe, denen ich gerade von dieser Seite in der Wahlbewegung wegen meiner Tätigkeit in dieser Richtung ausgesetzt gewesen bin. Man hat unter anderem von vor Brillanten strotzenden Theaterdamen gesprochen, mit denen ich meine freie Zeit verbringe. (Große Heiterkeit links. Stürmische Rufe: Wer hat denn das getan? Namen nennen!) Es ist in Versammlungen, in der Presse geschehen. (Erneute Zurufe links). Erkundigen Sie sich beim Rechtsanwalt Kühn in Nürnberg; auch Herr Hugel in Bayreuth, jetzt Mitglied des Hauses, wird darüber Auskunft geben können.

Seit der ersten Erörterung der privatrechtlichen und sozialen Verhältnisse der Bühnenangehörigen 1908 ist ja manches besser geworden, aber zum Beispiel die Bestimmungen des Stellenvermittelungsgesetzes, soweit sie ihnen zugute kommen sollten, sind in der Praxis nicht wirksam geworden, indem die Arbeitgeber, der Direktorenverband, natürlich und mit Erfolg bestrebt gewesen sind, die Agentengebühr auf die Angestellten abzuwälzen. Das Gesetz sollte gerade den Arbeitnehmer unter allen Umständen schützen. Die Vermittlergebühren sollten von beiden Teilen zur Hälfte getragen werden. In der letzten Zeit sind gerade in Berlin in dieser Beziehung ganz erstaunliche Urteile der Gerichte erfolgt. Die Kommentatoren haben angenommen, daß, im Falle der Arbeitgeber einen größeren Teil als die Hälfte übernehmen solle, dazu eine Vereinbarung, auch eine stillschweigende, gehört. Ein größerer Vermittlerbetrieb in Berlin, der täglich über hundert Dienstboten vermittelt, ist wegen Übertretung jener Klagevorschrift angeklagt, aber in allen Instanzen freigesprochen worden unter völliger Verkennung der Tendenz des Gesetzes. Vielleicht hören wir heute etwas über die Ansicht der Verbündeten Regierungen in dieser Frage. Gestern hat der Abg. Kölsch hier eine Rede gehalten, deren Grundgedanke war: der Hansabund hurra! und das Zentrum ist eine konfessionelle Partei trotz seines protestantischen Feigenblattes des westfälischen Abg. Richter. In letzterem Punkte ist der Abg. Kölsch nicht kompetent. Feigenblätter hat es ja in diesem Hause schon viele gegeben. Der Abg. Schmidt-Berlin hat einmal den Abg. Paasche das liberale Feigenblatt in dem schwarz-blauen Blockpräsidium genannt. Herr Kölsch scheint aber wenigstens die Anträge des Zentrums zur Mittelstandsfrage mit Nutzen gelesen zu haben. Er hat gemeint, das Zentrum und die Konservativen müßten aus den Warenhäusern herausbleiben; das kam auf eine Art lex Kölsch heraus. Wenn er von dem Fürstentrust gesprochen hat, so muß er doch wissen, daß es kein Zentrumstrust ist, denn der Fürst von Fürstenberg, der an der Spitze steht, hat immer als ein liberaler Fürst gegolten. Mit einer Erbschaftssteuer würde man den Mittelstand am härtesten treffen. Der Boykott ist von verschiedenen Parteien geübt, und es darf nicht wunder nehmen, wenn jemand einmal den Spieß umdreht. Aber gegen niemand ist der Boykott schärfer angewandt worden, als gegen uns. Hat doch ein bayerischer Beamter gesagt, jeder ultramontane Beamte sei eine latente Gefahr für den Staat. Mit philosophischen Ideen allein kann man politische Dinge nicht lösen. Die Not des Alltags wirft die schönste Erziehungsidee über den Haufen. Herr Kerschensteiner! Er hat seine absolute Abneigung gegen die Berufsschule zum Ausdruck gebracht. Gerade aus Kreisen die ihm nahestehen ist gegen die Arbeitsschule, die er vertritt, Widerspruch erhoben worden. Die Schule müßte dafür sorgen, daß die Entwicklung von innen heraus geschehe. Das Ideal einer staatsbürgerlichen Erziehung durch individuelle Mittel ist schwer durchführbar. Das hat schon Goethe erkannt. Vielleicht tritt auch bei Herrn Kerschensteiner einmal des Epimenides Erwachen ein. (Heiterkeit.) Die manuelle Fertigkeit kann durch ein gewisses Lernen einer gewissen Summe von Wissen nicht ersetzt werden. Eines ist nicht genug betont worden in dieser Debatte, das ethische Moment, die Erziehung zum Opfersinn. Die Hingabe muß aber getragen sein von dem großen christlichen Altruismus, Nächstenliebe. (Beifall.) Ich stimme Herrn Kerschensteiner zu, daß das Pflichtgefühl in der Jugend erzogen werden muß. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Graf **Kanitz** (konf.): Das einheimische Kapital muß zur Deckung der deutschen Kreditbedürfnisse reserviert werden. Immer noch ist die Summe des alljährlich ins Ausland gehenden deutschen Geldes außerordentlich hoch. Unsere vorjährige Debatte über diesen Punkt hat das deutsche Kapital gewarnt und große Verluste sind ihm erspart geblieben. Durch die Zwischenbilanz einer Großbank wird noch kein genügender Schutz für das Publikum geschaffen. Man muß sich selber schützen dadurch, daß man sein Geld nur zuverlässigen Händen anvertraut. (Sehr richtig!) Der Reichsbankpräsident mag alsbald eine Einschränkung des Aktionskredits und eine bessere Liquidität durchführen. Man sollte unsere Zolltarife nicht auf lange Zeit festlegen, um unliebsamen Zollmaßnahmen des Auslandes begegnen zu können. An den gegenwärtigen hohen Lebensmittelpreisen ist die Landwirtschaft unschuldig. Für Fettschweine werden den Produzenten 30 bis 38 Mark pro Zentner bezahlt, ebenso ist es beim Getreide. Die Steigerung ist zurückzuführen darauf, daß die Produkte zu viel Instanzen zu durchlaufen haben, bis sie an den Konsumenten gelangen. (Sehr richtig! rechts.)

Die gewaltige Steigerung der Güterpreise hat keine gesunde Unterlage. (Lebhaftes Sehr richtig!) Sie beruht nicht zum mindesten auf den hohen Luxuspreisen für Jagdpachtungen seitens der großstädtischen Kapitalisten. Mit dem Zolltarif haben wir absolut nichts zu tun. (Lachen links.) Von einer Verzinsung der hohen Bodenpreise kann in der Landwirtschaft jetzt nicht die Rede sein. Auf dem Schutz der nationalen Arbeit beruht unsere ganze Erwerbstätigkeit, beruht unsere politische Selbständigkeit. Hoffen wir, daß dieser Schutz uns allezeit erhalten bleibe. (Beifall rechts, Zischen links.)

Abg. **Götting** (natl.): Bei den Einlagen in den Sparkassen sind die kleinen Leute sehr wohl beteiligt. Die Statistik beweist es. Die Sparkassen sind eine ausgleichende Kraft für das Emporsteigen in höhere Wirtschaftskreise. Diese kleine Arbeit hat eine nach Millionen zählende Kapitalskraft hinter sich. Auch für die Arbeitslosigkeit bieten die Sparkassen eine enorme Sicherung. Man darf nicht geringschätzend denken von dieser Art Selbsthülfe.

Abg. **Weinhausen** (fortschr. Vpt.): Dem Eindruck im Lande, den die Rechte durch Mittelstandsreden erwecken will, steht die Verteuerungspolitik der früheren Mehrheit entgegen. Wir sind die wahren Freunde des Mittelstandes, (Lachen rechts), weil der Mittelstand nicht nur von uns gute Worte, sondern auch Taten sieht. Am Anfang aller Erfolge steht die Organisation. Deshalb soll sich der Mittelstand organisieren, aber in großzügiger Weise. Verwerflich ist es, wenn man auf der Schichauwerft den Arbeitern nach Durchsetzung ihrer Lohnforderungen die Zugehörigkeit zum Metallarbeiterverbande untersagt. Wir fordern die Förderung von Tarifverträgen und die Schaffung von Einigungsämtern mit Selbstverhandlungszwang. Im Ruhrkohlengebiet spielt sich eine Bewegung ab, die unter Umständen zu einem noch nicht gekannten wirtschaftlichen Kampfe führen kann. Unsere Regierung sieht untätig zu. Der Staatssekretär wartet wie immer, bis große materielle Verluste auf dem ganzen Wirtschaftsgebiet zu verzeichnen sind. (Beifall links.)

Damit schließt die Debatte. (Allseitiges Bravo!)

Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt.

Über die Resolutionen wird in der dritten Lesung abgestimmt werden.

Es folgt die Spezialberatung. Mehrere Titel werden ohne Debatte genehmigt. Titel VI a Beitrag zu den Kosten einer ständigen Kommission zur Vorbereitung eines internationalen Schiffahrtskongresses veranlaßt den Abg. **Dahlem** (Ztr.) zu folgender Bemerkung: Es sollen gesetzliche Maßnahmen getroffen werden, um die Schädigungen von Obst- und Traubenkulturen durch das übermäßige Qualmen der Dampferschlote auf dem Rhein zu verhindern.

Darauf wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt. T.-O.: Ferner Präsidentenwahl.

Schluß 5¼ Uhr.

Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

Berlin, 7. März. (Drahtb.)

Am Ministertische Handelsminister von Sydow.

Präsident Graf **Wedel-Piesdorf** eröffnet die Versammlung um 2 Uhr 15 Minuten.

Zunächst ehrte das Haus die seit der letzten Sitzung Verstorbenen in der üblichen Weise.

Sodann berichtet Oberbürgermeister **Körte**-Königsberg über die Kommissions-Verhandlungen und über den Gesetzentwurf betreffend

die Ausübung der Armenpflege bei den arbeitsscheuen und säumigen Nährpflichtigen.

Nach dem Beschlusse der Kommission kann auch die Unterbringung der Arbeitsscheuen in einer als geeignet anerkannten Privatanstalt erfolgen. Auch können Kinder, die die Nährpflicht gegen die Eltern versäumen, vom Gesetz getroffen werden. In der Generaldebatte führte

Unterstaatssekretär **Holtz** aus: Zweifellos besteht ein praktisches Bedürfnis, den Arbeitszwang für Arbeitsscheue einzuführen. Die Armenlasten dürfen nicht ungerechtfertigt zu den Kosten der Unterhaltung der Arbeitsscheuen herangezogen werden. Reichsgesetzliche Bedenken liegen dagegen nicht vor. Die Bedenken, auch Kinder in das Gesetz einzubeziehen, sind nicht schwerwiegend. Der Schwerpunkt des Gesetzes liegt in der vorbeugenden Wirkung. Ich bitte, die Vorlage in der Kommissionsfassung anzunehmen.

Oberbürgermeister **Kirschner**-Berlin führte aus: Wenn ich auch das Bedürfnis, den Arbeitszwang für Arbeitsscheue einzuführen, anerkenne, so kann ich doch nicht für das Gesetz stimmen, weil es sich hier um eine strafrechtliche Materie handelt, für die das Reich zuständig ist. Das Gesetz verstößt gegen den Grundsatz der Trennung der Justiz von der Verwaltung, die eine fundamentale Säule des Rechtsstaates ist. Vielleicht ließe sich diese schwierige Materie auf dem Wege der Reichsgesetzgebung lösen.

Dann schloß die Generaldebatte. Der § 1 wird ohne Debatte angenommen.

Zu § 1 a, worin die Bestimmungen über die Unterbringung der Arbeitsscheuen getroffen werden, begründet

von Dziembowski seinen Antrag, wonach die Unterbringung nicht erfolgen solle, wenn säumige Nährpflichtige arbeitsunfähig oder erwerbsunfähig sind.

Oberbürgermeister **Bender**-Breslau wandte sich gegen die Einbeziehung der Kinder in das Gesetz, wenigstens solcher unter 16 Jahren. Im übrigen müsse die Angelegenheit reichsgesetzlich geregelt werden.

Oberbürgermeister **Körte**-Königsberg führte aus: Entgegen den Bedenken des Oberbürgermeisters Kirschner bin ich der Ansicht, daß es sich hier nicht um eine strafrechtliche Materie, sondern um Leistung und Gegenleistung handelt. In das neue Gesetz wird dank der Einführung des mündlichen Verfahrens die persönliche Freiheit viel mehr gewahrt als bisher.

Der § 1a wurde sodann mit dem Antrage Dziembowski angenommen, ebenso ohne Debatte das übrige Gesetz. Die Überschrift des Gesetzes lautet jetzt: „Gesetz über die Abänderung und Ergänzung der Ausführungsgesetze zum Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz".

Es folgt die Beratung über das

Ausführungsgesetz zur Maß- und Gewichtsordnung,

wonach das Gesetz vom 26. November 1869 über Eichämter und Gemeindeanstalten aufgehoben wird.

Der Gesetzentwurf wurde en bloc angenommen.

Der Gesetzentwurf betreffend die Vertretung der Berliner Synagogengemeinde wurde nach kurzer Debatte an die Kommunalkommission verwiesen.

Die Gesetzentwürfe betreffend die Abänderung der Amtsgerichtsbezirke Dirschau, Preußisch-Stargard, Mewe, Neuenburg, Borum und Geestemünde und der Landgerichtsbezirke Duisburg und Cleve wurde debattelos angenommen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr.

Tagesordnung: Knappschafts-Novelle, Futtervertrag zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten, Entwurf betr. Vollschachtanlagen und kleinere Vorlagen.

Schluß 5¼ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 7. März. (Drahtb.)

Am Ministertische Finanzminister Dr. Lentze.

Präsident Frhr. v. **Erffa** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die Beratung des Etats wird beim

Etat der direkten Steuern

fortgesetzt, und zwar bei dem an die Budgetkommission zurückverwiesenen Titel betr. die Anstellung von besonderen Vorsitzenden für die Veranlagungskommissionen

Berichterstatter Abg. **Schmedding** (Münster) berichtet über das Ergebnis der Beratung der Budgetkommission, an welche das Kap. 6 Tit. 4 mit dem dazu gestellten Antrage der Abgg. Hennigs und Wallenborn zurückverwiesen war. Nach diesem Antrage sollten fortan besondere Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommissare nur für Kreise bestellt werden, in denen der Umfang oder die Schwierigkeit des Veranlagungsbezirks solches verlangen. Der Finanzminister hatte diesen Antrag für unannehmbar erklärt, aber in der Budgetkommission die Kreise bezeichnet, in denen im Jahre 1912 besondere Kommissare zur Anstellung gelangen sollen. Diese Kreise sind: Hagen, München-Gladbach, Solingen, Düren, Lichtenberg, Cöln, Kiel, Osnabrück, Lennep-Remscheid und Steglitz. Da hierdurch jener Antrag seine Bedeutung verloren hat, so beantragt die Budgetkommission, denselben durch die Erklärung des Finanzministers für erledigt zu erklären.

Das Haus beschließt demgemäß, nachdem Abg. **Hennig** (konf.) die Erklärung des Ministers in der Kommission als ausreichend bezeichnet hatte.

Es folgt die Beratung des

Etats des Finanzministeriums.

Auf einen Vorschlag des Abg. **Friedberg** (natl.) wird zunächst die Anleihefrage verhandelt.

Abg. **v. Brüning** (konf.): Es soll dahin gewirkt werden, daß die Staatsanleihen auch kleineren Sparern zugänglich gemacht werden, deshalb sollte für die nötige Aufklärung über die Vorteile der Staatspapiere gesorgt werden. Mit dem Vorschlage zur Hebung des Kurses der preußischen Staatspapiere, die bei den Emissionen beteiligten Banken stärker zu interessieren, können wir uns nicht einverstanden erklären.

Abg. **Fritsch** (natl.): Der Erfolg der letzten Emission im Januar, die mit 58 Millionen Mark überzeichnet war, kann nicht als besonders befriedigend bezeichnet werden. Was den internationalen Geldmarkt betrifft, so kommt in erster Linie in Betracht, daß der politische Horizont im letzten Jahre nicht immer so ungetrübt war, als wünschenswert ist. Dazu kommt noch der große Bergarbeiterstreik in England und auch bei uns ist der Bergarbeiterausstand gar nicht ausgeschlossen. Die starke Inanspruchnahme des Geldmarktes ist auf das Kreditbedürfnis der Industrie zurückzuführen, was ein Zeichen dafür ist, daß Handel und Wandel bei uns blühen. Um den Kurs der Staatspapiere zu heben, wird es zweckmäßig sein, daß die Banken und Versicherungsanstalten einen Teil ihrer Reserven in Staatspapieren anlegen. Wir halten es für nützlich, daß ein angemessener Bestand an internationalen Werten sich in den Händen unseres Publikums und unserer Industrie befindet.

Abg. **Gyßling** (Fortschr. Vpt.): Der niedrige Stand der Staatspapiere rührt daher, daß erhebliche Mittel in den industriellen Unternehmungen festgelegt sind. Der niedrige Stand ist aber für uns ein Grund dagegen, das Extraordinarium durch Anleihen zu decken. Wenn es sich vielleicht rechtfertigen läßt, die Sparkassen zu zwingen, einen Teil ihrer Reserven in Staatspapieren anzulegen, so ist kein Grund vorhanden, die Versicherungsanstalten dazu zu veranlassen. Die Finanzlage ist so, daß wir getrost mehr Anleihen aufnehmen können.

Finanzminister Dr. **Lentze**: Wenn es auch die Finanzlage Preußens getrost gestattet, mehr Anleihen aufzunehmen, muß das doch mit der allergrößten Vorsicht geschehen. Die preußischen Papiere sind die sichersten, die es geben kann. Der Staat würde zweifellos auf die Dauer Schaden erleiden; denn wer alljährlich mit größeren Anleihen als nötig ist, an den Markt herantreten will, muß größere Kreise fester Abnehmer suchen und dann möglichst zurückhaltend in der Ausgabe neuer Anleihen sein. Der Abg. Fritsch wünschte, daß auch Privatversicherungs-Anstalten zur Anlage eines Teiles ihres Vermögens in Staatspapiere herangezogen werden sollen; dafür ist die Reichsgesetzgebung zuständig. Es schweben zurzeit Erwägungen über derartige gesetzliche Maßnahmen. Selbstverständlich können diese Versicherungsanstalten nicht in dem Maße herangezogen werden, wie das bei den Sparkassen beabsichtigt ist.

Das Gesetz zur Heranziehung der Sparkassen liegt gegenwärtig dem Herrenhause vor. Im übrigen ist die Erwerbung von Staatspapieren durch das Staatsschuldbuch außerordentlich erleichtert. Durch Erweiterung des Abnehmerkreises und möglichste Zurückhaltung in der Ausgabe der Anleihen werden wir bemüht sein, den Kurs der Staatsanleihen zu heben und jedenfalls ein Herabdrücken zu verhindern.

Abg. **Gyßling** (Freis.): Daß Staatspapiere nicht soviel gekauft werden liegt daran, daß sie niedrigere Zinsen abwerfen als andere Anlagen.

Abg. **Newoldt** (Freikons.): Richtig ist, daß die Abneigung gegen die Staatspapiere auf den geringen Zinsfuß zurückzuführen ist, dafür bieten sie aber Garantie und Sicherheit.

Abg. **Winckler** (konf.): Wir begrüßen, daß der kleine Mann sein Geld jetzt ohne Vermittelung von Banken in Staatspapieren anlegen kann. Die Bestrebungen der Regierung können wir unterstützen.

Abg. **Schröder-Cassel** (natl.) fragte an, welche Ersparnisse durch das neue Reisekostengesetz erzielt werden. Die Zahl der Reisen müßte eingeschränkt werden.

Abg. **Bruening** (konf.): Wenn auch in der Kommission von der Regierung die Befürchtung ausgesprochen wurde, daß in manchen Fällen die nach diesem Gesetz gewährte Reisekostenentschädigung die tatsächlichen Ausgaben nicht decken würden, haben wir doch das Vertrauen, daß derartige Übelstände vermieden werden.

Abg. **Delius** (Freis.): Die Stellenzulagen für Unterbeamte sind unzureichend. Wir wünschen feste Normen, damit jede Willkür ausgeschlossen ist.

Abg. **Liebknecht** (Soz.) wünscht Teuerungszulagen für niedere Beamte.

Abg. **König** (Ztr.): Bei der Beratung des neuen Ortsklassen-Verzeichnisses für die Bemessung des Wohnungsgeldzuschusses war die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses freudig begrüßt. Aber es wurde auch sogleich vermutet, daß das dicke Ende noch nachkommen würde. Und es hat sich tatsächlich eine Tragödie der Irrungen ergeben — Komödie der Irrungen kann man nicht sagen — denn es handelt sich um sehr ernste Sachen. Durch die neue Ortsklasseneinteilung sind viele namentlich mittlere Städte durch die Herabsetzung in eine niedrigere Klasse geschädigt worden. Man sprach von einer Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses um 100 Prozent und doch ist vielfach nur eine Erhöhung um ganze 4 Mark herausgekommen. Preußen befreite sich dann allerdings von der im Reichstage beschlossenen Ortsklassen-Einteilung und schaffte zunächst ein Provisorium, durch welches eine Klassen-Einteilung vorläufig bestehen blieb und der Wohnungsgeldzuschuß durchweg um 33⅓ Prozent erhöht wurde. Später wurden dann in der neuen Klassen-Einteilung 68 Städte, die vorher herabgesetzt worden waren, wieder in eine höhere Klasse versetzt, ein Beweis, daß die ursprünglichen Vorschläge der Regierung falsch waren. Die Reichsklassen-Einteilung war, wie der Abg. v. Hennigs zugestanden hat, etwas in Eile gemacht worden, und erregte bei allen, die die örtlichen Verhältnisse kannten, Kopfschütteln. In diesem Sinne sprachen sich damals auch mein Freund Schmedding und der Abg. Schröder-Kassel aus. Es wurde dann in der Kommission des Hauses beschlossen, daß die Beamten in den deklassierten Orten wenigstens ihren bisherigen Wohnungsgeldzuschuß so lange behalten, bis sie in eine höhere Gehaltsstufe aufrücken. Um das Gesetz nicht scheitern zu lassen, beschränkte sich das Haus damals auf eine Resolution, worin die Regierung aufgefordert wurde, im Bundesrat dahin zu wirken, daß die Mißstände die infolge der Deklassierung von Orten entstanden seien, baldigst beseitigt würden. Wir dürfen die Sache nicht ruhen lassen und müssen immer wieder auf die Beseitigung der Mißstände bringen, denn bisher ist sie nicht erfolgt. Die Wünsche der Städte Breslau, Koblenz, Kassel, Krefeld, Elberfeld, Hannover und vieler anderer auf Heraufsetzung in höhere Klassen sind unberücksichtigt geblieben. Bei der Ermittelung der von den Beamten wirklich gezahlten Wohnungsmiete hat man die von den Beamten zurückgesandte Zählkarte nicht nach einheitlichen Grundsätzen bearbeitet. Ist das etwa geschehen, um im fiskalischen Interesse die Ermittelungen zu beeinflussen? Der Finanzminister hat im vorigen Jahre eine Beseitigung der Übelstände versprochen, und ich frage ihn, in welcher Weise er das zu tun gedenkt. Wir werden nur zum Ziele kommen, wenn die deklassierten Orte wieder in die entsprechenden höheren Klassen gesetzt werden. Wenn das Reich dazu nicht zu bestimmen ist, so muß Preußen selbständig vorgehen. Preußen nimmt viel Rücksicht auf das Reich. Hier muß das Reich einmal dem Wunsche Preußens folgen. Wir müssen die Unzufriedenheit im Beamtenstande endlich einmal beseitigen. (Beifall).

Finanzminister **Lentze** erwiderte: Gegen die Auffassung des Vorredners lege ich entschieden Verwahrung ein. Im wesentlichen ist die preußische Wohnungsgeldfrage nach dem Muster des Reiches geordnet. Einen Maßstab, der alle Verhältnisse gleich berücksichtigt, gibt es überhaupt nicht.

Abg. **Mizorski** (Pole) fragte an, nach welchen Gesichtspunkten die Ostmarkenzulage an Beamte verteilt werde.

Abg. **Borchardt** (Soz.) führte aus: Wir lehnen den ganzen Ostmarkenfonds ab, da er ein Korruptionsfonds ist, ebenso lehnen wir den Fonds für Gnadenbewilligungen ab. Der

...Münster) berichtet ... der Budget... mit dem dazu ge... Wallenborn zurück... fortan besondere ... nur für Kreise ... die Schwierig... angen. Der Zi... unehmbar erklärt, ...zeichnet, in denen ...Anstellung gelangen ...-Gladbach, Solin...rück, Lennep-Rem... Antrag seine Be...eitkommission, den...isters für erledigt ...dem Abg. Hennig ...Kommission als ...ns. ...rg (natl.) wird zu... ...n gewirkt werden, ...parern zugänglich ...e Aufklärung über ...erden. Mit dem ...reußischen Staats... Banken stärker zu ...nden erklären. ...ßten Emission im ...zeichnet war, kann ...verden. Was den ...nt in erster Linie ...letzten Jahre nicht ...ist. Dazu kommt ...nd und auch bei ...ht ausgeschlossen. ...tes ist auf das ..., was ein Zeichen ...blühen. Um den ...zweckmäßig sein, ...einen Teil ihrer ...r halten es für ...internationalen ...ums und unserer ...ebrige Stand der ...ittel in den indu... ...r niedrige Stand ...Extraordinarium ...leicht rechtfertigen ...il ihrer Reserven ...rund vorhanden, ...en. Die Finanz... ...fnehmen können. ...ch die Finanzlage ...ufzunehmen, muß ...ehen. Die preu... ...eben kann. Der ...chaden erleiden; ...als nötig ist, an ...reise fester Ab... ...end in der Aus... ...ch wünschte, daß ...age eines Teiles ...gezogen werden ...ndig. Es schwe... ...etzliche Maßnah... ...cherungsanstalten ...wie das bei den ...assen liegt gegen... ...t die Erwerbung ...buch außeror... Abnehmerkreises ...be der Anleihen ...Staatsanleihen zu ...hindern. ...iere nicht soviel ...e Zinsen abwer... ...ß die Abneigung ...usfuß zurück... ...d Sicherheit. ...der kleine Mann ...aken in Staats... ...r Regierung kön... ...elche Ersparnisse ...den. Die Zahl ...der Kommission ...chen wurde, daß ...hrte Reisekosten... ...decken würden, ...Übelstände ver... ...für Unterbeamte ...nen, damit jede ...zulagen für nie... ...es neuen Orts... ...Wohnungsgeldzu... ...zuschusses fren... ...rmutet, daß das ...hat sich tatsäch... Komödie der ...delt sich um sehr ...eilung sind viele ...tzung in eine ...prach von einer ...0 Prozent und ...e 4 Mark her... ...rdings von der ...einteilung und ...es eine Klassen... Wohnungsgeld... ...urde. Später ...68 Städte, die ...n eine höhere ...chen Vorschläge ...ssen-Einteilung ..., etwas in Eile ...örtlichen Ver... Sinne sprachen ...und der Abg. Kommission des ...klassierten Or... ...eldzuschuß so ...stufe aufrücken. ...ränkte sich das Regierung auf... ...rken, daß die ...rten entstanden ...ie Sache nicht ...Beseitigung der ...erfolgt. Die Krefeld, Elber... ...zung in höhere ...r Ermittelung ...ungsmiete hat ...arte nicht nach ...etwa geschehen, ...n zu beeinflus... ...re eine Beset... ...ihn, in welcher ...nur zum Ziele ...n die entspre... ...as Reich dazu ...ndig vorgehen. ...Hier muß das Wir müssen ...einmal beseiti... ...die Auffassung ...una ein. Im ...age nach dem ...der alle Ver... ...nicht. ...chen Gesichts... ...t werde. ...nen den gan... ...nds ist, ebenso ...en ab. Der

...Haushaltsetat des Reichsamts des Innern und die Steuervorlagen auf den Tisch des Hauses niedergelegt werden. Es ist dringend notwendig, daß diese Vorlagen noch vor Ostern an das Haus eingehen, wird aber vom Vizepräsidenten Krause zur Sache gerufen.

Abg. **Schröder-Cassel** führte aus: Für die Festsetzung des Wohnungsgeldzuschusses ist ein ganz neues System in Anwendung gekommen, deshalb sind Erhebungen an Hand des alten Systems notwendig.

Ministerialdirektor **Halle** führte aus: Alle Teuerungsverhältnisse können bei der Klassifizierung der Städte unmöglich erfaßt werden. Bei dem Wohnungsgeldzuschuß lehnten sich die Erhebungen an die Beschlüsse des Reichstages an.

Abg. **Delius** (freis.) bedauerte die Erklärung der Regierung.

Abg. **Wagner** (freik.) führte aus: Der Gnadenfonds ist durchaus notwendig, da infolge der Mängel des Rechts nicht alle Fälle auf den Rechtsweg verwiesen werden können. Wir bedauern, daß bezüglich der deklassierten Orte noch nicht alle berechtigten Wünsche erfüllt sind.

Abg. Dr. **König** (Ztr.): Wenn sich in meiner Rede eine Schärfe bemerkbar gemacht hat, so entsprach sie meiner inneren Stimmung, denn ich fühle warm mit den Beamten, daß sie bekommen, was sie verdienen. Diese Schärfe ist also richtiger in Wärme zu übersetzen. Der preußischen Regierung habe ich nicht den geringsten Vorwurf gemacht, sondern nur dem Reiche und dem Bundesrat. Eine Fiskalität der preußischen Regierung ist hier für mich ausgeschlossen. Ich muß nur auf das schärfste dagegen sprechen, daß man neue Grundsätze befolgt, während diese Frage nach den Grundsätzen behandelt werden muß, die seinerzeit für die Aufstellung des Ortsklassenverzeichnisses maßgebend gewesen sind. Der Finanzminister hat sich zwar ablehnend verhalten, aber ich hoffe doch, daß, nachdem alle Parteien sich dahin ausgesprochen haben, die preußische Regierung bald selbständig, auch ohne das Reich, die Frage prüfen wird.

Abg. **Ramdohr** (frk.) führte aus: Der Boykott der Polen gegen die Deutschen ist in allen Kreisen der Bevölkerung verbreitet. Deshalb ist der Ostmarkenfonds eine Notwendigkeit, um die Deutschen in der Kampfstellung zu unterstützen.

Abg. **Mizerski** (Pole) bestritt, daß die Deutschen von den Polen boykottiert würden.

Finanzminister **Lentze** führte aus: Die Reichsregierung hat keine fiskalischen Interessen bei der Festsetzung der deklassierten Orte im Auge gehabt. Das Ergebnis der Erhebung ist ein reines Rechenexempel.

Nach kurzer weiterer Debatte wird der Titel Ministergehalt bewilligt. Der Titel Ostmarkenfonds wird auf Antrag des Abg. Mizerski (Pole) in besonderer Abstimmung gegen das Zentrum, die Sozialdemokraten und Polen angenommen. Die übrigen Titel werden nach kurzer Debatte bewilligt, ebenso das Extraordinarium debattelos, darunter die Forderungen für den Opernhausneubau in Berlin. Die Debatte über das Opernhaus wird bei dem Etat Bauverwaltung stattfinden.

Damit ist der Etat des Finanzministeriums erledigt.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. T.-O.: Etat der Bauverwaltung.

Die Internationale Bergarbeiterbewegung.

Zur Lage im Ruhrkohlengebiet.

Nachdem bei der Generaldebatte zum Reichsamt des Innern von Rednern verschiedener Parteien die jetzige Bergarbeiterbewegung besprochen und insbesondere von dem Abg. Giesberts auf den Ernst der Lage hingewiesen worden ist, hat, wie wir erfahren, Staatssekretär Delbrück Donnerstag mittag eine Reihe von Abgeordneten, die den Bergarbeiterorganisationen nahestehen, zu einer Besprechung eingeladen, um sich über die Verhältnisse zu unterrichten. Hoffentlich führen diese Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis. Aber wir können uns nicht verhehlen, daß das Eingreifen der Regierung außerordentlich spät erfolgt und darum doppelte Schwierigkeiten finden wird. Der Abgeordnete Giesberts hat Mittwoch in seiner Etatsrede den Staatssekretär wegen seines abwartenden, untätigen Verhaltens angegriffen, und wir können uns dem nur anschließen. Die Ereignisse bei den früheren großen Streiks haben uns gezeigt, wie schnell die Bewegung um sich greift und wie schwer es hält, sie in letzter Stunde zu dämmen. Trotzdem hat der Staatssekretär die Dinge jetzt wieder an sich herankommen lassen, bis sie in ihrer ganzen Gefahr vor uns stehen. Wir wollen hoffen, daß jetzt wenigstens mit allem Eifer versucht wird, alles Versäumte nachzuholen und den Kampf zu vermeiden.

Bochum, 7. März. Die gestrige außerordentliche Generalversammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter fand unter Ausschluß der Presse statt. In den mehrstündigen Beratungen kamen Vertreter aus den verschiedenen Orten des Ruhrreviers zum Wort, die bis auf einen ihre Überzeugung dahin aussprachen, daß die Mitglieder des christlichen Gewerkvereins einen etwaigen Ausstand nicht mitmachen würden. Wollte man versuchen, die Christlichen mit Gewalt von der Arbeit fernzuhalten, so werde man mit Gewalt antworten. Nach Ansicht der christlichen Führer werden außer den christlichen Gewerkvereinsmitgliedern mindestens % der Nichtverbändler und die Hälfte der polnischen Bergarbeiter einen Ausstand nicht mitmachen. Diese Leute hätten den dringenden Wunsch, in der Arbeit bleiben zu können. Voraussetzung hierzu sei allerdings, daß die Behörden mit allem Nachdruck dafür sorgten, daß die Arbeitswilligen geschützt würden. — Die Behörden sehen die Lage im Ruhrrevier nach einer Meldung der Köln. Ztg. als kritisch an. Sie rechnen jetzt bestimmt mit dem Ausbruch des Ausstandes und treffen umfassende Vorkehrungen zur Verstärkung der Sicherheitsmannschaften. Heute früh trafen hier 25 Pferde von den Krefelder Husaren ein, die dazu dienen sollen, den Pferdebestand der hiesigen königlichen Polizei zu vermehren. Außerdem ist von privater Seite eine Anzahl Pferde angeworben worden, so daß der Polizeidirektion die Möglichkeit gegeben ist, insgesamt 40 Beamte beritten zu machen, die bei Ausbruch eines Ausstandes den Außendienst mit den Zechen zu versehen haben würden. Von auswärts sind hundert Mann Gendarmerie im hiesigen Bezirk eingetroffen, die auf die Landkreise Bochum-Dortmund und Gelsenkirchen verteilt werden sollen.

Bochum, 7. März. (**Drahtb.**) Die Sicherheitsbehörden im Industriebezirk treffen umfassende Maßnahmen, um die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, falls ein Streik ausbricht. Es ist der feste Wille der Regierung, die Arbeitswilligen bei einem etwaigen Ausstande zu schützen. Der Schutz werde als um so notwendiger betrachtet, als angesichts der Haltung der christlichen Bergarbeiter die Zahl der Arbeitswilligen nicht unbedeutend sein würde, die Anspruch auf behördlichen Schutz hätten. Im Gelsenkirchener und Bochumer Landkreise ist die Gendarmerie bereits verstärkt worden, desgleichen im Dortmunder Bezirk. Den Störungen, wie sie bei einigen lokalen Streiks hier und da beobachtet wurden, werden die Behörden nachdrücklichst entgegentreten.

Essen, 7. März. (**Drahtb.**) Der Präses des kath. Knappenbundes der Erzdiözese Köln bittet in einem Aufruf die Mitglieder dringend, sich nicht an einem etwaigen Streik zu beteiligen und der Parole des christlichen Gewerkvereins, den sie in dem jetzt aufgedrungenen schweren Kampfe energisch unterstützen müßten, zu folgen.

Zum Streik der englischen Bergarbeiter.

London, 7. März. (**Drahtb.**) Bisher ist kein Fortschritt in der Richtung auf eine Verständigung im Kohlenstreik zu verzeichnen, obwohl der Industrierat der Walliser Bergwerksbesitzer und der ausführende Ausschuß des Bergarbeiterverbandes in London getrennte Beratungen abhielten.

London, 5. März. Alle Tage treffen neue Hiobsposten aus dem Lande über Einschränkung der Betriebe oder deren gänzliche Schließung ein. Auch in London wächst die Zahl der Arbeitslosen, man möchte sagen, stündlich und immer ist noch kein Ende des Unheils, das der Streik der Bergleute über das Land gebracht hat, abzusehen. Gestern war der erste Tag, an welchem seit dem Jahre 1838 jegliche Kohlenzufuhr nach London unterbunden war. Dabei beziffert sich der Verbrauch der Siebenmillionenstadt auf täglich 20 000 Tonnen. Auch die Zufuhr von Nahrungsmitteln wird sparsamer, besonders in frischen Seefischen herrscht Mangel. Es kommt dies daher, weil einige Fischereigesellschaften ihre Flotte stillgelegt haben. Die Londoner Bevölkerung konsumiert sehr viel Seefische. Es kommen nach der Statistik des letzten Jahres auf den Kopf derselben 140 Pfund. Die Militärverwaltung hat in aller Stille weitere Truppenmassen nach den Bergwerksbezirken geschafft. Das Fahrpersonal wird in diesen Fällen von den technischen Truppenteilen gestellt, weil man fürchtet, daß die Eisenbahnangestellten ihre Drohung, den Streik zu proklamieren, wenn sie zum Transport der Truppen gezwungen werden, wahrmachen könnten. Große Unruhe verursachen die Nachrichten aus den deutschen, französischen und amerikanischen Bergwerksgebieten. Man weiß hier nämlich, daß auf der internationalen Konferenz die Delegierten dieser Bezirke den englischen Bergarbeitern nicht allein volle Sympathie, sondern auch volle Solidarität zugesichert haben. Daran ändern die Ableugnungen der deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nichts.

London, 7. März. (**Drahtb.**) Nach einer amtlichen Mitteilung des Handelsamts sind die Verhandlungen mit den Parteien im Bergarbeiterstreik wieder aufgenommen worden und schreiten fort.

Kiel, 6. März. Die Kohlenpreise sind in Kiel auf 3,20 Mark für den Zentner im Kleinhandel gestiegen. Im Sommer 1911 kostete der Zentner 1 Mark, vor dem Beginn des Ausstandes 1,80 Mark. Mehrere Dampfer sind mit einer Teilladung aus den englischen und schottischen Kohlenhäfen nach der Ostsee abgegangen, da die Verschiffungung plötzlich zum Stillstand kamen. Die Ausfuhr von Grubenhölzern von der Ostsee nach England, die viele Dampfer beschäftigte, hat gänzlich aufgehört. (Köln. Ztg.)

Paris, 7. März. Wie aus Lorient gemeldet wird, mußten die dortigen Schiffahrtsgesellschaften infolge des englischen Bergarbeiterstreikes anstatt des üblichen Preises von 27 Francs bereits 40 Francs für die Tonne Kohlen zahlen.

Madrid, 6. März. Der heutige Ministerrat beschäftigte sich eingehend mit den voraussichtlichen Folgen des englischen Kohlenstreiks für die spanische Industrie und Schiffahrt. Die Regierung drahtete nach Deutschland wegen Ankaufs von Kohlen. Sie ist entschlossen, die Kohlenausfuhr bis auf weiteres zu verbieten und die Eisenbahngesellschaften aufzufordern, alles verfügbare Wagenmaterial in die Kohlendistrikte zu entsenden. Da die englischen Frachtdampfer infolge des Kohlenstreiks die spanischen Häfen nicht anlaufen, befürchtet die Regierung ernste Schwierigkeiten für die Apfelsinenausfuhr. Die Kohlenminenarbeiter in Asturien beginnen Versammlungen abzuhalten. Man befürchtet deshalb, daß dieselben in den Ausstand treten werden.

Gerichtszeitung.

Petrikau (Rußland), 7. März. (**Eig. Drahtb.**) In dem Mordprozeß gegen den Klosterbruder Damasus Maczoch u. Gen aus Tschenstochau wurde heute das Urteil gefällt. Damasus Maczoch wurde zu 12 Jahren Zwangsarbeit, Helene Maczoch zu 2 Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 1 Jahr Untersuchungshaft, Isidor Starczewski zu 5 Jahren Zuchthaus, Olesinski zu 2½ Jahren Zuchthaus, weitere Angeklagten erhielten Strafen von 7 Tagen Arrest, 1 bezw. 4 Monate Gefängnis bezw. 1 Jahr Gefängnis.

Vermischtes.

Dortmund, 7. März. (Geh. Bergrat Paul Starcke,) Stellvertreter des Dortmunder Berghauptmanns, ist heute im Alter von 57 Jahren gestorben.

Bremerhaven, 7. März. (**Drahtb.**) Infolge Differenzen in dem Betriebe des Stauerei-Unternehmers Hinsch stellte ein Teil der beim Norddeutschen Lloyd beschäftigten Leute die Arbeit ein. Etwa 200 Arbeiter blieben bei der Arbeit. Heute abend findet eine Versammlung statt, wo über das weitere Verhalten beraten werden soll. Wird keine Einigung erzielt, so ist seitens der Firma die Einstellung anderer Arbeiter beabsichtigt.

Der Südpol erreicht? „Daily Expreß" meldet aus Wellington (Neuseeland): Der Südpolarforscher Amundsen erklärt, Kapitän Scott habe den Südpol erreicht. Diese Nachricht wird aus Christiania bestätigt.

Letzte Nachrichten.

Cuxhaven, 7. März. (**Drahtb.**) Der Kaiser nahm heute das Frühstück im Kasino ein und kehrte um 3 Uhr an Bord der „Deutschland" zurück. Heute abend ist an Bord beim Kaiser Tafel, wozu auch die beiden Bürgermeister von Hamburg geladen sind.

Wien, 7. März. (**Drahtb.**) Der Kaiser empfing heute mittag 1 Uhr den Ministerpräsidenten Grafen Khuen Hedervary, welcher die Demission der ungarischen Regierung unterbreitete. Graf Khuen wird morgen in der Lage sein, die Entscheidung des Monarchen über die Demission dem ungarischen Abgeordnetenhause mitzuteilen. Bezüglich der Berufung politischer Persönlichkeiten wird der Monarch durch den Ministerpräsidenten in den allernächsten Tagen entsprechende Dispositionen treffen.

London, 7. März. (**Drahtb.**) Im Unterhaus kündigte Asquith an, daß die Homerole-Bill nicht vor Ostern eingebracht werde.

London, 7. März. (**Drahtb.**) Im Unterhause fragt King an, ob die Regierung von dem Vorhandensein eines Vertrages oder Abkommens zwischen den Mächten des Dreibundes Kenntnis habe, wonach Italien bei dem Versuche, Tripolis zu einer italienischen Provinz zu machen, freie Hand habe, oder von den anderen Mächten unterstützt werden solle. Grey erwiderte, er habe keine Kenntnis von einem derartigen Vertrage oder Abkommen.

London, 7. März. (**Drahtb.**) Die Anhängerinnen des Frauenstimmrechts zerstörten verschiedene Schaufenster im Stadtteil Westend. Es wurden einige Verhaftungen vorgenommen.

Konstantinopel, 7. März. (**Drahtb.**) Aus authentischer Quelle wird gemeldet, daß die Wahlen in der zweiten Märzhälfte beginnen.

New-York, 7. März. (**Drahtb.**) Telegramme aus Chihuahua melden: Emilio Vasquez Comez wurde zum provisorischen Präsidenten proklamiert.

Tientsin, 7. März. (**Drahtb.**) Ein französischer Kreuzer landete mit Seesoldaten in Taku. Der amerikanische Kreuzer „Cincinnati" wird dort Freitag, und ein Transport mit 200 amerikanischen Seesoldaten am Samstag erwartet.

Peking, 7 März. (**Drahtb.**) Die Plünderungen in Schantung dauern an und breiten sich nach Norden aus. Dort sind nur 6000 ausländische Soldaten, während sich dort 100 000 gut bewaffnete chinesische Soldaten befinden, die, wenn die gegenwärtigen Wirren fortdauern, die Häfen in Gefahr bringen können.

Hauptredakteur: **Rudolf Striethorst**. Verantwortlich für Politik: Dr. **P. Dücker**; für das Feuilleton: Dr. **Fr. Castelle**; für den übrigen Teil: i. V.: **P. Werland**; für die Reklamen und Inserate: **Anton Busch**, sämtlich in Münster. — Druck und Verlag der **Aschendorffschen Buchhandlung** in Münster.

Salit das Einreibemittel
Rheumatische Schmerzen. Reissen, Hexenschuss. In Apotheken Flasche M 1.20.

Cognac
DEUTSCHER COGNAC
aus französischen Weinen
Hervorragendes Erzeugniss der Cognacbrennerei
LANDAUER & MACHOLL, HEILBRONN.
Nur echt mit der Hammer-Schutzmarke. Überall erhältlich.
Niederlage bei Wilh. Hoeter.

Als „ebensogut" wie
„Oetker's"
werden oft minderwertige Fabrikate angeboten.
Man achte daher beim Einkauf darauf, daß man das erhält, was man haben will!

Dr. Oetker's Backpulver
ist aus bestem Rohmaterial hergestellt und 100 millionenfach bewährt.

Dr. Oetker's Puddingpulver
ist das einzige Fabrikat, das aus feinstem Reispuder hergestellt ist.

Dr. Oetker's Vanillin-Zucker
ist ein vorzügliches Gewürz für Kuchen, Puddings und alle Süßspeisen. 1 Päckchen ersetzt 2—3 Stangen guter Vanille.

Ueberall zu haben! 1 Päckchen 10 Pfg. 3 Stück 25 Pfg.

Holz-Verkauf
im
Gräflich Droste-Vischeringschen Forstrevier Borheim.
Montag, den 11. März cr., vorm. 10 Uhr anfangend, werden in den Forstorten Sundern und Bröckerholz am Schneckenwall und in der Mühlenallee meistbietend verkauft werden:
26 Weymouthskiefern v. 14 bis 20 Zmtr. Durchm.,
45 Fichten- u. Kiefernstangen 1.—4. Klasse,
120 Rmtr. Eichenscheit- und Knüppel (teils Kamppfähle),
5,5 Rmtr. Eschenknüppel (2 Meter lang),
26 Rmtr. Erlenscheit- und Knüppel,
850 Rmtr. Eichenreiser (in Haufen),
120 Rmtr. Eichenreiser (unaufgearbeitet).
Sammelplatz beim Muttergottesbilde in Sundern.
Der Oberförster:
Schulte.

Verkaufs-Anzeige.
Das dem Erholungsklub e. V. in Lingen an der Katolinenstr. belegene
— Club-Gebäude —
mit Hofraum
werde ich in dem auf
Mittwoch, 13. März ds. Js., mittags 12 Uhr,
im Club-Gebäude anberaumten Termin öffentlich meistbietend auf Zahlungsfrist versteigern.
In dem Clubgebäude, besteh. aus zwei großen Sälen, Wirtschaftsgebäuden und Wohnung des Kastellans ist seit vielen Jahren eine Schenkwirtschaft betrieben.
Lingen, den 5. März 1912.
W. Niemann
Justizrat.

Kiefernholzverkauf.
Am Montag, den 11. März, nachm. 5 Uhr, werde ich in der Nähe der Wirtschaft Zumvenne für Herrn Wilh. Harling:
65 Haufen Bohnenstangen u. leichtes Grubenholz
verkaufen.
August Schülers, Aukt.,
Senden.

Bekanntmachung.
Der Taubstumme Aug. Greff aus Ramsdorf-Kirchsp. (Ostendorf) hat sich am 21. Februar ds. Js. von seinem Wohnhause in Ostendorf heimlich entfernt und ist bis heute nicht zurückgekehrt. Er ist 50 Jahre alt und von mittlerer Größe. Im Falle seines Antreffens ersuche ich um Rücktransport nach Ramsdorf. Die Kosten werden diesseits erstattet.
Der Amtmann:
Roters.

Holz-Verkauf
im
Gräflich Droste-Vischeringschen Forstrevier Ostbevern.
Dienstag, den 12. März cr., werden in den Forstorten Schirlhaide, Sandhügel, Weißeberg und „auf dem Hofe" meistbietend verkauft werden:
10 Eichen von 15 bis 38 Zmtr. Durchm.,
27 Fichten von 20 bis 30 Zmtr. Durchm.,
79 Kiefern von 12 bis 25 Zmtr. Durchm.,
146 Fichtenstangen 1.—4. Kl.,
500 Kiefernstangen 1.—3. Kl.,
7 Rmtr. Eichen- und Buchenknüppel,
28 Rmtr. Erlenknüppel (in ganzer Länge),
200 Rmtr. Kiefernknüppel (in ganzer Länge),
170 Rmtr. Eichen-, Buchen- und Erlenreiser,
74 Rmtr. Kiefernreiser,
300 Rmtr. Eichenreiser (unaufgearbeitet),
200 Rmtr. Kiefernreiser (unaufgearbeitet).
Anfang vorm. 9 Uhr in der Schirlhaide, gegen 10 Uhr im Sandhügel, daran anschließend im Weißeberg und „auf dem Hofe".
Der Oberförster:
Schulte.

An vorzüglicher Ecklage eines industriereichen Ortes, in der Nähe von Münster, ist ein
Geschäftshaus
worin seit mehreren Jahren flott Manufaktur-, Kolonial-, Porzelan- und Kurzwaren-Handlung betrieben wurde, umständehalber sofort für 20 000 Mk. zu verkaufen. Offerten u. **P R 3458** an die Geschäftsstelle. j2a

Zwangsversteigerung.
Samstag, den 9. ds. Mts., nachmitt. 3½ Uhr, sollen in Telgte in der Wirtschaft Bittmann:
2 Schweine
öffentlich meistbietend geg. bar versteigert werden.
Münster, den 7. März 1912.
Paris,
Gerichtsvollzieher in Münster

Verpachtung.
Das kürzlich erworbene Kolonat Nibbrig in der Gemeinde Sieringhoek (½ Stunde südlich von Bentheim) soll mit ca. 65 Morgen Acker, Wiesen und Dauerweiden (2.—5. Klasse) u. guten Wohn- und Wirtschaftsgebäuden baldigst an einen tüchtigen Landwirt verpachtet werden.
Reflektanten woll. sich an das unterzeichnete Rentamt wenden.

Bauterrain,
500 Quadrat-Ruten, zirka 18 Baupl., Tiefe 28—30 Met., an im städt. Bebauungsplan gelegener Straße, Nordviertel, 150 Met. von Promenade entfernt, billig bei ¼ Anzahlung zu verkaufen. Schriftl. Anfrag. u. **B C 139** an die Gesch. d. Bl.

Koffer, eich. m. Eisenbeschlag, zu verkaufen. Blücherstraße Nr. 5, III. Etage.

Handwagen,
gut erhalten, zu verkaufen.
Hammerstraße Nr. 105.

»» Bäckerei. ««
Bäckerei zu pachten oder zu kauf. ges. Bevorz., wo ich zuvor als Gehülfe eintr. könnte. Off. u. **L M 129** an die Gesch.

Schnepfenhund,
6jährig, br. Kurzhaar, Hündin, ausgezeichnet auf Schnepfen u. z. Stöbern, ruhige Suche, absol. ferm. Spottpreis 35 Mk. Off. u. **D E 3447** an die Gesch. *

Rotbuchen-Scheitholz,
trocken, in Waggonladungen zu kaufen gesucht.
Hermann Schäfer,
Recklinghausen-Süd.

Gesucht werden 200 Decken, 200 Strohsäcke, 200 Kopfpolster auf 1 Jahr zu leihen. Näh. Aug. Roiel, Markt 37.

Guterhaltener Dauerbrenner und **kleiner irischer Ofen** umzugshalber billig zu verkaufen. Dodostraße 1, 3. Etage.

I. Hypothek.
Von einem pünktl. Zinszahl. wird per sofort oder 1. April eine erstklassige Hypothek in Höhe von 35—40 000 Mk. gef. Objekt liegt in einer industriereichen Stadt des Münsterlandes. Gerichtliche Taxe 65 000 Mk. Zinszahlung vierteljährl. evtl. nach Wunsch. Briefe unt. **W W 3442** besorgt die Gesch. *

Gesunde u. wohlschm. Möhren
»» **Speisewurzeln** ««
liefert den Ztr. zu 3,50 Mark inkl. Sack
Die Provinzial-Gutsverwaltung in Wettringen i. W.

Jugendverein
sucht vor Ludgeritor geeigneten
Spiel- und Sportplatz.
Offerten unter **G G 3430** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Gebrauchte Bücher für die oberen Gymnasialklassen sind zu kaufen. Herrenstraße Nr. 5. — Nur bis Sonntag.

Wer macht Austausch von Wechsel auf 3 Monate über 150 Mark? Off. unt. **C C 159** an die Geschäftsstelle ds. Bl. *

Kl. irischer Ofen zu verkauf. *
Neubrückenstraße 10.

Ein fast neuer **Joppenanzug** und **schwarzer Gehrock-Anzug** billig zu verkaufen.
Näh. Geschäftsstelle ds. Bl.

Schulbücher für Gymnasium und **Zeitschriften** fortzugshalber billig zu verkaufen.
Näh. Geschäftsstelle ds. Bl.

Feiner antiker Koffer von 1729 zu verk. Näh. Gesch.

Fortzugshalber bill. zu verk.: Anrichte mit 9 gr. Schubladen, Schrank mit Bänken, Waschtisch (tannen gestrichen), Schmetterlingskasten, Einmachtöpfe.
Näh. Geschäftsstelle ds. Bl.

Sonntag **Armband gefunden.** Annenstraße 10, II.

Schöne Hängelampe zu verk.. Loerstraße Nr. 1.

Guterh. Kleiderschrank zu kaufen gesucht. Offerten u. **K 41** an die Gesch. ds. Bl.

Ich will für 1. Hypothek 25—30 000 Mk ausleihen. Off. u. 2860 an A.-G. E. Vendel.

Schott. Schäferhund zugelauf. Abed, Oststraße 90.

Ein guterh. Herrenrad (Dürkopp) für 35 Mk. schnellstens zu verkaufen. Näh. Gesch. d. Bl.

Siegerin
allerfeinste Süßrahm-Margarine, der beste unübertroffen feinste Ersatz für
Molkereibutter
in jeder Verwendungsart.
Höchste Auszeichnungen der Branche:
Goldene Medaille u. Ehrenpreis
Deutsche Ausstellung für Bäckerei, Konditorei u. verw. Gewerbe Stuttgart 1911
Goldene Medaille
Intern. Hygiene-Ausstell. Dresden 1911
Palmato
allerfeinste vegetabile Margarine
Pflanzenbutter
ein vorzügliches Nahrungs- u. Genußmittel.
Ueberall erhältlich!
Alleinige Fabrikanten:
A. L. Mohr, G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

OMEGA
Preiswerteste Präzisions-Uhr der Gegenwart.
Nur in besseren Uhrenhandlungen zu haben.

Ohne Zoll!
Die jetzigen teueren Zeiten lehren auch den, der bisher den Schwankungen der Nahrungsmittelpreise gleichgiltig gegenüberstand, sparen; sie zwingen energisch, beim Einkaufe die Augen zu öffnen und den hohen Einfuhrzöllen ausländischer Erzeugnisse möglichst zu entgehen. Für die Bevorzugung ausländischer Cacaos und Chocoladen liegt absolut kein Grund vor, denn die hochentwickelte deutsche Cacao- und Chocoladen-Industrie ist der ausländischen mindestens ebenbürtig. Für jedes Kilo Auslands-Cacao stellt sich der Einfuhrzoll auf M. 0.65, für jedes Kilo Chocolade auf M. 0.50. Der deutsche Fabrikant kann also entschieden
preiswerter
liefern als der ausländische. Tell-Cacao ist nicht nur billiger als die gangbarsten ausländischen Marken; er ist auch infolge feinster Pulverisierung viel leichter, voluminöser und daher ergiebiger. Der köstliche Geschmack des Tell-Cacaos befriedigt den verwöhntesten Gaumen. Tell-Chocolade steht in der Qualität den besten importierten Chocoladen in nichts nach; sie ist dabei nahrhafter als Fleisch, Eier etc. und äußerst preiswert. Werden wir also wirtschaftlich klüger und bevorzugen inländische Erzeugnisse! Wir erfüllen dadurch eine vaterländische Pflicht, unterstützen den einheimischen Gewerbefleiß und sorgen für die Vergrößerung des Nationalvermögens.
Tell
Chocolade-Cacao
„Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften".
Engrosvertrieb Fritz Kunze, Münster i. W., Friedenstr. 11

Empfehle:

Kleinfleisch	20 Pfg.
Schnauzen und Ohren	40 Pfg.
Delikateß-Bauchspeck geräuchert	90 Pfg.
Dicken Rückenspeck geräuchert	85 Pfg.
Flomenschmalz	90 Pfg.
Hammelbrust	80 Pfg.

G. Schrage,

Großschlachterei und Fleischwarenfabrik.

Fernruf 74 u. 77.

Gelddarlehne.

Bank für Darlehen u. Hypotheken, unter Aufsicht Seiner Exzellenz Dr. Heemstert, gibt Darlehne an Beamte ohne Benachrichtigung der vorgesetzten Behörde. Rückzahlung innerhalb 10 Jahre auch nach Belieben, keinerlei Vorauszahlung, durch **Fr. Tegeler,** Detmold, Paulinenstr. 39, Nähe Bahnhof, Telephon 424. w3a

Von jetzt an täglich
frisches
Grahambrot
(ärztlich empfohlen).
Jeden Samstag bestimmt
Apfel- und Käsekuchen
à Stück 15 Pfg.
Sächsisch-Thüringische Bäckerei Daul
— Sternstraße No. 22. —

Suche
für **Altenberge, Nienberge, Billerbeck** und **Nordwalde**
tüchtige Aufkäufer
für wöchentliche Abnahme von
70—80 fett. Schweinen Bullen und Kälber
u. zahle für gute fette Schweine 50—52 Mk. à 100 Pfd. Lebendgewicht. Bemerke ausdrücklich, daß ich bereit bin, die Tiere auf Vereinswagen an der Bahn wiegen zu lassen.
Nur nüchterne, in dem Fach erfahr. Leute wollen sich meld.
Ferd. Westhölter,
Viehgeschäft, Ahlen i. Westf.

Reell!
Kath., j. Mann, 30 Jahre alt, mit etwas Vermögen, wünscht passende Bekanntschaft zwecks Heirat, sehr erwünscht Einheirat in ein Geschäft oder Wirtschaft. Diskretion Ehrensache. Nur ernstgemeinte Offerten beliebe man u. **T W 3461** a d. G. d. Bl. j.

Ab Mitte Juni
fahrbare Lokomobile
25-30 PS
für einige Monate zu mieten gesucht. Off. unter **Q M 3454** an die Geschäftsstelle.

Weidgerechter Jäger
sucht Jagdgelegenheit auf Birkhahnbalz. Offert. mit Bedingungen u. **M F 117** and. Centr.-Ztgs.-Bur. m2a

— Maschinenfabrik —
übernimmt
Dreh- u. Schlosserarbeit
gegen billigste Berechnung.
Offerten unter **B C 3445** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Regal und Theke, passend für Zigarren, zu kaufen gesucht. Offerten mit Preis u. **N O 131** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Brosche gefunden vom Submühlenhof bis zum Bahnhof. Frau Ww. **Roggenland, Submühle.**

Suche eine leistungsfähige
Schuhwarenfabrik
zur Lieferung aller Sorten Schuhe bei großer Abnahme.
Off. u. **S T 3460** a. d. Gesch.

Pferd,
kleine Belg.-Stute, j. Zucht geeignet, zu verk. od. geg. schweres Pferd zu vertauschen.
A. Meune, Hansa-Haus 2. Et., gegenüber Landesbahnhof.

Erstklassiger Selbstspanner,
Kal. 12, mit feinst. Krupp-Läufen, und 3 Tennis-Schläger preisw. zu verkaufen.
Ludgeristraße 21.

Auswärt. Kasse hat für gute Objekte Münsters erststelliges
Hypoth.-Kapital
verfügbar. Prov. nur bei Hergabe des Geldes. Offerten u. **E F 142** an die Gesch. ds. Bl.

Guterhalt. Damenschreibtisch
(nußbaum) und **Hängelampe** zu verkaufen. Näh. Gesch. ds. Bl.

Herren- u. 2 Damen-Räder (Koffer), kleine u. große Trommel zu verkaufen.
Bremerstraße 58, part. r.

Tüchtiger Klavierspieler gesucht. Offert. mit Preisang. unter **K L 147** an die Gesch.

Hühner zum Brüten
kauft
Heyen, Weselerstraße Nr. 2.

Wirtschaft
hoher Umsatz, ohne Anzahlung zu verkaufen. Offerten unter **G G 163** an die Geschäftsst.

10—15000 Mk. Hypt. sof. oder später gesucht, direkt hinter Sparkasse, auf versch. Objekte. Off. nur von Selbstgeber unt. **M R 149** an die Gesch. j2a

Registrierkasse, Neupreis 400 Mk., zu verkaufen.
Näh. Bremerstr. 26. j2a

Portemonnaie m. Inhalt auf d. Wege Verspoel b. Kanonengraben **verloren.** Geg. Bel. abzugeben Kanonengraben Nr. 9.

2 schöne große Lorbeerbäume zu verkaufen. **Näheres** in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Goldener Kneifer
mit Etui **verloren.**
Breitegasse 46.

Federhandwag., Knab.-Dreirad, schwere 4½. Hinterräder z. v. N. G.

8 Doppelwaggons Kunstdruck-Papier



waren zur Herstellung des kunstvoll ausgeführten neuen Frühjahrskatalogs des Verbandes erstklassiger Spezialgeschäfte f. Herren- und Knaben-Kleidung, e. V. erforderlich, der in einer Auflage von

2000000 Exemplaren

dieser Tage zur Ausgabe gelangt. Der Katalog ist für jeden Interessenten ein vorzüglicher Wegweiser in der neuen Moderichtung der Herren- und Knaben-Kleidung. — Sollte nun dieser oder jener der verehrten Abnehmer diesmal durch irgend ein Versehen nicht in den Besitz des neuen Katalogs gelangt sein, so wird ihm derselbe durch das unterzeichnete Mitglied des Verbandes auf Wunsch gerne nachträglich übermittelt. —

H. Hettlage

Münster — Groß-Etablissement für moderne Herren- und Knaben-Kleidung — Ludgeristraße

Die Mode von 1912
wird in der (25.) Jubiläums-Ausgabe des beliebten **Favorit-Moden-Album** (nur 60 Pfg.) in entzückenden und für jeden Stand passenden Modellen gezeigt, ebenso im **Jugend-Moden-Album** (à 60 Pfg.), per Post bezogen je 10 Pfg. extra bei franko Zusendung.
Postscheck-Conto Köln 5810.
C. B. Specht,
Münster, Roggenmarkt 2.
Posamenten-, Kurz-, Weiss- und Seidenwaren engros u. endetail.
Bekurbein u. Soutachieren von Kostümen innerhalb 5 Tagen.

Spiegel blank
wird Ihr Fuß- oder Parkettboden bei Gebrauch unserer altbewährten
Bohnermasse
in Dosen à 1 u. 2 Pfund gelb und weiß,
A. & F. Hausmann,
Mohren-Drogerie, Ludgeristr. 26—27, a4a Spiekerhof 6.

Wollen Sie Geld sparen?
Decken Sie Ihren Bedarf in neuen u. getrag. Herren- und Damen- und Kinderkleider und Schuhe in dem Partiewarenhaus Jüdefelderstr. 35 u. Mauritzstr. 4.
NB. Die Sachen werden als Partie angekauft. Infolgedessen sehr billig. a4a

Lispeln!
Welcher Arzt oder Lehrer befreit ein Kind vom sogenannten Lispeln? Adresse erbeten unter **F G 3449** an die Gesch. *

Korkboden,
Linoleum-Unterlage, elastisch, fußwarm, schalldämpfend, fertigt an **Stein,** Stückgeschäft, Oststraße 8, Fernruf 890. a*

Welche Brennerei kann eine **Hypothek** zu **20 000** Mk. gegen **jährl. Lieferung** von ca. **180—200 Hktl.** Branntwein **sofort** od. in **3—4 Wochen** ablösen. Genügend Sicherheit vorh. Off. u. D E 142 a. d. Gesch. a3a

Für die
Kommunion und Konfirmation
empfehle in grosser Auswahl zu billigsten Preisen
Moderne Woll- u. Waschstoffe für Kleider
in weiss, crême und schwarz.
Kommunion- und Konfirmations-Kleider,
Hemden, Beinkleider, Röcke, Unterjacken, Strümpfe, Schleier, Kränzchen, Taschentücher,
Oberhemden, Serviteurs, Kragen, Manschetten und Krawatten.
Theodor Cloer, Münster.

Sanella

die einzige mit Mandelmilch hergestellte
Pflanzen-Butter-Margarine.
Nur echt mit dem Namenszug des Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Oskar Liebreich.

Liebreich

Alleinige Producenten: Sana-Gesellschaft m. b. H., Cleve,
welche die Möglichkeit, einen vollwertigen Butter-Ersatz nur aus Pflanzenfetten herzustellen, zuerst erkannt und seit 1904 verwirklicht hat.
Nachahmungen weise man zurück!

Lichtspielhaus

Münster — **Salzstr. 25**

Heute zum letzten Male!
Das großartige Programm u. a.:

Der weisse Domino.

Eine geheimnisvolle Tragödie auf dem Maskenballe.
Drama in 3 Akten.

Die kühne Lassowerferin.
Wild-West-Szene.

Auch ein Heiratsantrag.
Schlager-Humoreske.
2c. 2c. 2c.

Prolongiert:
Rätsel seines Lebens.
Drei-Akter.

Beginn 2 Uhr nachmittags.

Hypotheken-Kapital
gibt eine der größten Hypothekenbanken auf **Geschäfts- und Wohnhäuser** in Münster. Details wolle man an das Central-Zeitungs-Bureau u. **M S 107** einreichen.

Wirtschafts-Verlegung.

Mit dem heutigen Tage verlegte meine Wirtschaft in dem, meinem Hause gegenüber liegenden **Neubau.**
Derselbe ist der Neuzeit entsprechend eingerichtet und bitte, das mir bisher geschenkte Vertrauen auch fernerhin bewahren zu wollen.
Appelhülsen, den 7. März 1912.
Bd. Hüls.

Kommunikanten- und Konfirmanden-Anzüge!

aus guten und besten Kammgarnen, Drapes und Cheviots in sorgfältiger Ausführung angefertigt und in 12 Jünglings-Grössen fertig am Lager. Als besonders neu und kleidsam empfehle ich meine nebenstehend abgebildete zweireihige Form, die sowohl in schwarz, als auch in tief dunkelbau in grossen Sortimenten vorrätig ist.
Meine Anzüge in den besseren Preislagen bieten vollständigen Ersatz für Massarbeit.

Preislagen: **Mk. 12.00 15.00 18.00 21.00 25.00 28.00 30.00 bis 48.00.**

Prüfungs-Anzüge in den gleichen Preislagen
in hervorragender Auswahl.

E. Feldmeyer - Zapp

Münster i. W., nur am Servatiiplatz, Salz- und Klosterstrassen-Ecke.

13a

Habe meine Praxis wieder aufgenommen.
Zahn-Atelier
Frau M. Kruse
Altersteinweg 28. w2a



Heute Freitag u. Samstag werden um 2 Uhr anfangend Schulstr. 13 (Toreingang) 3 fette Schweine und 10 Kälber ausgehauen, das Pfd. zu 60 u. 65 Pfg. ohne Ausnahme der Stücke.

Mark 800
geg. 6fache Sicherh. und hohe Zinsen sofort von Selbstgeber ges. Off. u. **N S 153** Gesch.

Ein großer Spiegel
zu kaufen gesucht. Offerten m. Pr. unter **O P 151** bef. Gesch.

Mk. 40 000 will ich in 2 oder 3 Posten auf 2. Hypotheken verleihen. Offerten unter **H J 145** an die Gesch.

1 zweischl. Bettst. m. Matr., Tisch, Sofa, billigst zu verkaufen.
Georgskommende 50.

Militäranwärterverein.

Samstag, den 9. ds. Mts.
Monats-Versammlung
bei **Küpper-Fechtrup.**
Berichterstattung über Verbandstag.
Vortrag.
Der Vorstand.

Freiwillige Feuerwehr Münster.
1. Kompagnie.

Am **Freitag,** den 8. März **1912,** abends 8½ Uhr
Kompagnie-Versammlung
beim Kameraden **Siegmann,** Agidiistraße.
Die Hauptleute.

Konzerthaus Löwenkeller,
Breitegasse 26.
Holländisches Damen-Orchester
4 Damen. 1 Herr.
in Nationaltracht.
Heute und die folgenden Tage!
Abendkonzert.

Centralhof.

Freitag, d. 8., abends 8½ Uhr
Großes
Symphonie-Konzert
der Infanterie-Kapelle.
Unter gütiger Mitwirkung des Tonkünstlers **Herrn Brüggemann.**
Leitung: **Herr Musikmeister Günzel.**
Im Programm:
1. Feierlicher Einzug von R. Strauß.
2. Suite in 4 Sätzen für Violine Solo v. Raff.
3. 6te Symphonie (Pathetique) v. Tschaikowsky.
4. Ouvertüre zur Oper: Herzog Wildfang v. Siegfried Wagner.

Stadt-Theater.
Freitag, den 8. März, 8 Uhr:
Der Barbier von Bagdad.
Komische Oper v. Cornelius.
— **Winzyoh.** —
Oper von M. Lion.
Samstag, den 9. März, 8 Uhr:
Volkstümliche Vorstellung
Kleine Preise.
— **Die Nibelungen.** —
Trauerspiel von Hebbel.

Danksagung.
Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und für die reichen Kranzspenden bei dem so schmerzlichen Verluste meiner lieben Frau, unserer treusorgenden Mutter spreche ich allen meinen tiefgefühlten Dank aus.
Ferd. Winter
nebst Kindern.

Danksagung.
Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und für die reichen Kranzspenden bei dem uns so schmerzlichen Verluste meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sprechen wir allen unsern tiefgefühlten Dank aus.
Wwe. J. Döring
nebst Kindern.

Gottesdienstordnung
der Synagogen-Gemeinde.
Freitag abend 6 Uhr.
Samstag morgen 9 Uhr.